

BasisGEDANKEN

Zeitschrift für *dieBasis*-Mitglieder

März
2021

INHALT

A. Interviews mit Mitgliedern.....	4
B. Zur Diskussion: Entwicklung des Grundsatz- programms im Jahr 2021	15
C. Die vier Säulen aus Sicht von Mitgliedern	16
D. Medien und dieBasis – was erwartet uns?	19
E. Strategien wider den medialen Personenkult – Vorschläge und Ideen	20
F. Die zwei Demonstrationen in Berlin am 1. August 2020	22
G. Die Ruinierten – das Ende einer Bar	34
H. Die Gründung eines Bezirksverbandes unter erschweren Verhältnissen	38
I. 27. Januar 2021: Jahrestag der Befreiung des Lagers Auschwitz	42

Mitmachende gesucht ...

Dieses Heft ist der Versuch eine Zeitschrift für *dieBasis*-Mitglieder zu etablieren, die regelmäßig unsere Arbeit und Themen dokumentiert. Außerdem können so unsere Diskussionen nach Außen getragen werden bzw. neue Themen und Sichtweisen durch Beiträge zu uns gelangen.

WARUM EIN PRINTMEDIUM?

Die gemeinsame Herausgabe einer regelmäßigen Zeitschrift verfolgt mehrere Ziele:

- Information der eigenen Mitglieder über den Aufbau der Partei;
- Austausch der Mitglieder durch Artikel und Interviews;
- Archiv der Aufbauarbeit;
- Diskussion zu Parteithemen
- Publikation von Artikeln zu relevanten Fachthemen.

Die Zeitschrift ist offen, d. h. die Redaktionsarbeit ist nur teilweise eigenes Schreiben, ein wichtiger Teil ist der Service für wechselnde Autoren:

- Alle können Beiträge einreichen oder Themen anregen;
- Spezialisten sind bei Fachthemen aktiv einzubeziehen.

Jeder Beitrag sollte vor Publikation von mindestens zwei Personen inhaltlich gelesen werden, das bedeutet den Aufbau von Redaktion, Lektorat und Fachlektorat. Die Änderungen im jeweiligen Text sind zu dokumentieren und zu archivieren.

Die Landesverbände sind einzubeziehen. Eine enge Zusammenarbeit mit der Redaktion der Internetseite (www.diebasis-partei.de) ist wünschenswert

Das Presserecht gibt derzeit verbindlichere Regelungen vor, als dies für im Internet veröffentlichte Texte der Fall ist. Die qualitativen Grundsätze journalistischen Arbeit von *BasisGedanken* sind:

- klare Trennung von Fakten und Meinung;
- Angabe der verwendeten Quellen nach wissenschaftlich üblichem Standard;
- Dokumentation der Arbeitsstände auf dem Weg zum Artikel;
- Interviews sind durch den Interviewten vor Veröffentlichung freizugeben;



Ein wichtiger Grundsatz ist weiterhin: Wenn elf sich einig sind, dann suche nach dem zwölften (oder sei dieser) der allen widerspricht. Das bedeutet, dass Fachleute und Spezialisten in der eigenen Partei und in der Gesellschaft aktiv zu suchen sind, um unterschiedliche Standpunkte bei Diskussionen zu publizieren.

Wer länger in einer Partei mitgearbeitet hat, wird auch parteiinterne Konflikte erlebt haben, die auf Konkurrenz, Abneigung, Selbstprofilierung, etc. basieren. Vielleicht ist es möglich diese häufig emotionalen Konflikte durch einen einfühlend-informierenden Journalismus für alle besser verständlich zu machen. Die Betroffenen kommen selbst zu Wort und die Schreibenden agieren als Mediator, der den Artikel mit-verfasst.

WAS IST MIT DEN WEITEREN HEFTEN ZU ERARBEITEN?

- der Herausgeber als eine von der Partei *dieBasis* unabhängige Organisation;
- eine Kombination von zentraler Redaktion und 16 dezentralen Redaktionen;
- das Format und das Layout;
- der Verkaufspreis des Heftes;
- eine zentrale oder dezentrale Betreuung der Abonnenten?

IMPRESSUM

BasisGedanken 1. Jahrgang, 2021

Herausgeber

Andreas Schlothauer, Westerende 7a, 25876 Schwabstedt

Chefredaktion

Andreas Schlothauer (V.i.S.d.P.)
drschlot@web.de

Redaktionelle Mitarbeit

... gesucht

Abonnements sind auch ohne
Parteimitgliedschaft möglich
drschlot@web.de

Erscheint vier Mal pro Jahr

Grafik, Gestaltung

André Orlick
andreo89@me.com

Druck

Pinguin Druck GmbH, Berlin Auflage: 500

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Auffassung des Verfassers wieder und nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers. Verantwortlich für die Richtigkeit der Textinhalte sind die jeweiligen Autoren. Für unverlangt eingesandte Texte übernehmen Redaktion und Herausgeber keine Haftung. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die Redaktion hat sich um die Wahrung sämtlicher Bildrechte bemüht; sollten gleichwohl nachweisbare Rechte nicht berücksichtigt worden sein, wenden Sie sich bitte an die Redaktion.



PinguinDruck.de



»Wir sollten weg von den klassischen hierarchischen Strukturen und hin zu einer ‚Weisheit der Vielen‘.«

FRANK ROEDEL

(* 1960), geboren in München; selbstständiger Unternehmer; geschieden, zwei erwachsene Kinder; von 2009 bis 2018 ehrenamtlicher Richter am Landgericht München.

SEIT WANN BIST DU MITGLIED?

Frank: Ich gehöre zu den Gründungsmitgliedern von *dieBasis* und war in die Vorbereitungen zur Parteigründung stark eingebunden. Schon im Dezember 2019 hatte ich die Meldungen aus China zur Verbreitung von SARS-CoV-2 aufmerksam verfolgt. Mein Vater war Arzt und ich selbst habe das erste Staatsexamen in der Medizin absolviert. Insofern war das Thema auch aus medizinischer Sicht für mich interessant. Im Februar und März 2020 habe ich dann die unterschiedlichsten Quellen recherchiert und kam zu dem Ergebnis, dass der LockDown im März 2020 zu spät kam und nicht angemessen war.

Am 21. April 2020 gründeten Bodo Schiffmann, Ralf Ludwig und Victoria Hamm die Partei *Widerstand2020*. Die vielen Interessenten, die beitreten wollten, erhielten meist keine Antwort. In München kam es am 13. Mai zu einem Treffen von etwa 130 Personen, die einen Landesverband von *Widerstand2020* gründen wollten. Daraus wurde zwar nichts, aber die Gruppen in mehreren Bundesländern vernetzten sich miteinander. Michael Wolf und ich wurden als Sprecher des bayrischen Organisationsteams

gewählt und waren Mitte Juni Teilnehmer einer Klausurtagung in Hessen, an der Sprecher aus vielen Bundesländern teilnahmen. Das Ergebnis war, nur drei Wochen später, am 4. Juli 2020, die Gründung der *Basisdemokratischen Partei Deutschland*, kurz *dieBasis*, an der bereits Teilnehmer aus zehn Bundesländern beteiligt waren. Somit waren wir schon im Entstehungsprozess deutlich überregional ausgerichtet, was ein entscheidender Vorteil im weiteren Aufbau der Partei werden sollte.

Der Name unserer Partei wurde bereits vorher in einem Auswahlprozess von mehreren tausend Beteiligten Online abgestimmt. Ähnlich wurde kurze Zeit später auch das Logo der Partei ausgewählt. Unsere ersten Beschlüsse waren also bereits Kollektiventscheidungen.

WELCHE GRÜNDE WAREN FÜR DICH WICHTIG?

Frank: Ich war schon lange damit unzufrieden, dass sich eine Politik der Beteiligungsmöglichkeiten in den vergangenen Jahrzehnten kaum weiter entwickelt hat. Durch die Digitalisierung wäre eine stärkere Bürgerbeteiligung schon lange möglich. Über direkte Demokratie

und über basisdemokratisches Denken und Handeln in unserer Gesellschaft wurde viel zu wenig öffentlich diskutiert.

Ein Ausgangspunkt könnte die direkte Demokratie nach dem Schweizer Modell sein. Aber für mich ist das auch noch nicht das endgültige Ziel. Wir sollten uns auf die Suche nach neuen Möglichkeiten und Arten des gesellschaftlichen Einflusses auf die Entscheidungen in der Politik machen. Wir sollten weg von den klassischen hierarchischen Strukturen und hin zu einer ‚Weisheit der Vielen‘, die sich in den wesentlichen Richtungsentscheidungen der jeweils Regierenden wiederfinden sollte.

Unsere heutige Situation zeigt, dass ein Wandel in der Politik dringend nötig ist.

Das Erscheinen von SARS-CoV-2 und die Maßnahmen der Regierung waren für mich persönlich nur Auslöser jetzt aktiv zu werden. Das letzte Jahr hat gezeigt, dass es einen deutlichen Handlungsdruck für jeden mündigen Bürger gibt. Unsere Grundrechte werden seit vielen Monaten ohne ausreichende wissenschaftliche Evidenz eingeschränkt und missachtet. Möglich ist dies durch ein hierarchisches System, dessen chronische Defizite wir derzeit erleben. In einer funktionierenden Demokratie wären in der öffentlichen Debatte diejenigen Experten und Stimmen gleichberechtigt einbezogen, welche die Regierenden und die Maßnahmen kritisieren. Das sind sie aber nicht, stattdessen werden sie auf unterschiedlichste Art diffamiert und in den Medien beschimpft. Weiterhin sind die politischen Prozesse nicht transparent. Wer war an welcher Entscheidung beteiligt? Welche Informationsgrundlage gab es? Welche Experten waren einbezogen? Wie wurde jede einzelne Entscheidung begründet?

Mir scheint, dass es auf Regierungsebene vor allem politisch bedingte und weniger sachbezogene Entscheidungen waren. Ob diese nun falsch oder richtig waren und sind, ist das eine, ihr Zustandekommen war undemokratisch und ist wissenschaftlich fragwürdig.

Für alle sichtbar ist, dass das Ziel mit diesen Maßnahmen nicht erreicht wurde und wird. Seit März 2020 war klar, dass SARS-CoV-2 vor allem für die über 80-jährigen gefährlich sein würde. Seitdem wird eine falsche Strategie verfolgt. Anstatt die besonders gefährdete Altersgruppe im erforderlichen Maße zu schützen, wird in einer falsch verstandenen Solidarität das gesamte Land herunter und an die Wand gefahren.

WELCHE WÜNSCHE UND ZIELE HAST DU FÜR DEINE POLITISCHE ARBEIT IN 2021?

Frank: Mein größter Wunsch für das Jahr 2021 ist es, dass *dieBasis* an der Bundestagswahl im September teilnimmt und mit einem Flug weit über die 5 % im neuen Bundestag einzieht.

DieBasis wird bei den Bundestagswahlen bundesweit aufgestellt sein und von vielen Bürgern als neue Kraft wahrgenommen werden. Wo waren die im Bundestag vertretenen Parteien in den letzten zwölf Monaten? Das Parlament, die Legislative, ist mitverantwortlich für die heutige Katastrophe, deren Ursache falsche politische Entscheidungen sind. Die Liste ist lang und noch sind nicht alle Konsequenzen sichtbar: Millionen von Arbeitslosen, ruinierte Existenzen, traumatisierte und schulisch abgehängte Kinder, ein zerstörter Mittelstand, kaputte Kulturbetriebe, Hotels, Restaurants usw. Was von den Regierenden für sinnlose Maßnahmen ausgegeben wurde, wird als Schulden mehrere Generationen von Steuerzahlern belasten.

Am 20/21. März 2021 haben wir unseren ersten ordentlichen Bundesparteitag und *dieBasis* wird durch 16 Landesverbände vertreten sein. Das ist der Verdienst von etwa 10.000 Mitgliedern, von denen sich sehr viele aktiv beim Aufbau der Partei einbringen; sonst wäre diese Leistung nicht in so kurzer Zeit möglich gewesen.

WARST DU VORHER POLITISCH AKTIV?

Frank: Im Jahr 1998 war ich Landtagskandidat bei den *Freien Wählern* in Bayern. Es war die erste landesweite Wahl, bei der die *Freien Wähler* angetreten sind. Es ist wohl eine Eigenschaft von mir, lieber bei etwas neu entstehendem mitzuwirken, als in vorhandene Strukturen einzusteigen. Eine Mitgliedschaft in einer der bekannten bestehenden Parteien wäre für mich nicht in Frage gekommen. Aber bei einem so großartigen Projekt wie *dieBasis* mitwirken zu dürfen und sich so für die Gesellschaft nützlich einzubringen, ist eine wunderbare Gelegenheit.



»Mein Ziel ist es daher, dass wieder offene Gespräche und Debatten ohne Stigmatisierung Andersdenkender möglich sind.«

SANDRA SEELIG

(* 1976), geboren in Berlin; verheiratet, zwei Kinder; Heilpraktikerin mit eigener Praxis und Veranstalterin von spirituellen und körperorientierten Seminaren.

SEIT WANN BIST DU MITGLIED?

Sandra: Seit November 2020.

WAS HAT DICH ZUR GRÜNDUNG ODER ZUM BEITRITT BEWEGEN?

Sandra: Schon seit Jahren läuft politisch einiges schief und das wird jetzt für viele klar. Ich habe etwas gesucht um mich an der Gestaltung der Zukunft zu beteiligen. Die aktuelle Situation nehme ich gar nicht mehr wahr, sondern denke: „Was kommt danach?“ Das treibt mich schon das letzte halbe Jahr an. In einem Video habe ich von der Basis erfahren und habe mich dann reingelesen: „Worum geht es?“ Das hat mich angesprochen. Damals gab es viele Angebote des Landesverbandes in Form von Zoom-Meetings und ich habe etliche spannende Leute kennengelernt. Plötzlich hatte ich Zugang zu einer breiten Palette von Menschen, während ich vorher in meinem Alltag und hier in meiner Community rückblickend in einer Art Parallelwelt gelebt habe. Wir waren in einer Art Blase, die sich in den letzten Monaten deutlich geöffnet hat.

Angesprochen hat mich, dass es Menschen sind, die

Lust und Freude haben etwas zu gestalten. Es ist erstaunlich, wie viel Wissen aus den unterschiedlichsten Bereichen in Deutschland verfügbar ist, und es ist eine Freude, dass wir uns gegenseitig gefunden haben. Für mich ist diese Zeit eine Bereicherung. Dadurch nehme ich auch die aktuelle Spaltung gar nicht mehr so wahr, die sich derzeit glücklicherweise verringert. Wir Menschen haben ja den Drang, dass wir uns sozial miteinander vernetzen und uns vertragen wollen. Viel schwieriger ist es mit der Anbindung der Regierung an die Bevölkerung. Wenn ich da einige reden höre, denke ich: „Die leben auf einem anderen Planeten.“ Viele Politiker empfinde ich als entwurzelt: Wissen die noch, wo sie herkommen? Diese mangelnde Verbindung hat sich schon lange vor SARS-CoV-2 aufgetan. Viele in meinem Freundeskreis, ich nenne sie mal die bildungsnahen Mittelschicht, wussten nicht mehr, was sie wählen sollten. Da gab es einen großen leeren Raum in der politischen Landschaft.

Ich kann die Menschen gut verstehen, die jetzt nicht nachvollziehen können, warum andere auf der Strasse demonstrieren. Als die Mauer fiel, war ich 13 Jahre alt.

Meine Eltern hatten beide eine gute Arbeit und ich war mit Leistungssport und Schule beschäftigt. Nach ein paar Wochen dachte ich mir Anfang des Jahres 1990: „*Das hätten wir uns auch sparen können, Coca Cola schmeckt auch irgendetwas nicht.*“ Ich war jung und in meinem Umfeld in der DDR war viel Sicherheit, Freude und Glück. Auch wenn das nur eine Scheinwelt war, die Konfrontation hätte dann möglicherweise für mich mit dem Studium begonnen. Wenn ich mir die Fotos vom November 1989 ansehe, kann ich zwar nachvollziehen, was in einigen Menschen vorgegangen ist, aber trotzdem berühren mich diese Bilder nicht so. Meine Empfindungen und meine Wahrnehmung waren damals einfach anders. Heute ist das für viele Menschen ähnlich, sie leben in ihrer Komfortzone und fühlen sich von der Regierung eher beschützt als bedroht. Diese Erfahrung hilft mir, zu verstehen, dass es Menschen gibt, die einen nicht verstehen können, weil sie in einer anderen Realität leben. In der DDR war die Einstellung verbreitet: „*Wir machen es aber anders als die da oben.*“ Es gab so eine Art innere Einheit. Heute ist die soziale Stigmatisierung viel schlimmer. Die Regierung hat eine Verbotskultur aufgebaut und die Medien verbreiten, was der ‚korrekte Bürger‘ sagen oder denken sollte. Wer anderer Meinung ist oder nicht mitmacht, wird sozial ausgegrenzt und zum Teil aggressiv angegangen. In der DDR sollte einer Ideologie gefolgt werden und heute sollen wir Einzelpersonen hinterherlaufen. Es ist doch interessant: Die Regierung hat sich vorher auch nicht besonders um unserer aller Gesundheit gesorgt.

WELCHE WÜNSCHE UND ZIELE HAST DU FÜR DEINE POLITISCHE ARBEIT IN 2021?

Sandra: Der Aufbau einer integrativen Medizin war schon lange mein Wunsch und daher bin ich in der Bundesarbeitsgemeinschaft Gesundheit der Basis aktiv; dort sind wir etwa 15 Ärztinnen und Heilpraktiker. Unser Ziel ist es Empfehlungen und Ideen zu sammeln sowie Konzepte zu erarbeiten, bei denen die Gesundheit der Menschen im Mittelpunkt steht und nicht der Ansatz, dass mit Krankheit Geld zu verdienen ist. Auch braucht die Naturheilkunde mehr Zugang zu den Ressourcen von Wissenschaft und Forschung.

Da ich zwei schulpflichtige Kinder habe, erlebe ich die täglichen Nöte von Kindern und Jugendlichen hautnah. Sie sind die vergessene Bevölkerungsgruppe der aktuellen Politik. Das war nicht nur im letzten Jahr so, den Trend beobachte ich schon länger. Ein aktuelles Sonder-

problem ist die Indoktrinierung in der Schule, die nur noch eine Meinung – und zwar die der Regierung – zulässt. Wir sind so weit, dass ich meinem Sohn sagen muss: „*Was wir hier besprechen, ist unsere private Meinung, das erzählst du nicht in der Schule.*“ Es ist erstaunlich, wo wir in Deutschland angekommen sind. Mein Ziel ist es daher, dass wieder offene Gespräche und Debatten ohne Stigmatisierung Andersdenkender möglich sind. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit in einer demokratischen Gesellschaft.

WARST DU VORHER POLITISCH AKTIV?

Sandra: Nein. Aber ich habe jahrelang entweder die Grünen oder die Linke gewählt, immer abwechselnd.



»Das Wort ‚alternativlos‘ stimmt mich schon seit meiner Jugend sehr misstrauisch, denn Alternativen gibt es immer.«

KARIN ATTNER

(* 1958), drei Kinder, vier bzw. bald fünf Enkelkinder; Produkt- und Testmanagerin im IT-Bereich; hat sich privat viel mit gesundheitlichen Fragen beschäftigt; Interesse für die Ästhetik und heilende Wirkung von Mineralien und Steinen; trainiert seit über 30 Jahren Aikido und unterrichtet es auch; spielt Harfe.

SEIT WANN BIST DU MITGLIED?

Karin: Seit dem 12. Juli 2020, ich bin dem Landesverband Berlin beigetreten.

WELCHE GRÜNDE VERANLASSTEN DICH ZU DIESEM SCHRITT?

Karin: Das Wort „alternativlos“ stimmt mich schon seit meiner Jugend sehr misstrauisch, denn Alternativen gibt es immer, wenn diese gewollt, gemeinsam gesucht und umgesetzt werden. Daher suchte ich seit April 2020 nach Gleichgesinnten, die ich bei *Widerstand2020* fand. Daraus wurde zwar keine wählbare Partei, aber die Idee fand ich sehr gut, auch wenn ich mit Parteien nie etwas am Hut gehabt hatte. Mich hat begeistert, dass unter anderem der liebevolle Umgang miteinander auf der Agenda stand.

Damit wurde ein Thema angeschnitten, das in unserer Gesellschaft seit langem zu kurz kommt. Was dort mit den vier Säulen proklamiert wurde, ging weit über einfachen Widerstand hinaus. Es ging um Vorstellungen, nach denen sich viele Menschen sehnen: Visionen für ein neues Miteinander, eine Weiterentwicklung des Menschen, besonders im und über den zwischenmenschlichen Bereich. Wir alle wollen eine gute Zukunft für uns, unsere Kinder, Eltern und Freunde. Wenn das jeder für sein Umfeld wünscht, sollte es auch ein gemeinsames Ziel der Gesellschaft sein. Durch meine Aktivitäten bei *Widerstand2020* habe ich mich mit der Idee eines parlamentarischen Weges angefreundet. Als ich hörte, dass eine neue Partei gegründet werden sollte, bemühte ich mich sofort Kontakt herzustellen. So kam ich zu mei-

ner ersten Konsensierung und war bereits an der Entscheidung für Namen und Logo von *dieBasis* beteiligt.

Gegründet wurde die Bundespartei am 4. Juli 2020. Daran waren auch einige Berliner beteiligt, z. B. Karsten und Alexander. Es folgte ein offenes Treffen in Berlin und man konnte direkt eintreten, noch vor der Gründung des Landesverbandes Berlin. Das habe ich getan und wurde Mitglied Nummer 88. Auch bei der Gründungsveranstaltung des Landesverbandes am 31. Juli 2020, einen Tag vor der ersten großen Demonstration, war ich eine der 30 bis 40 Anwesenden.

Anfangs dachte ich – „*Partei ist was ganz furchtbares, da musst du jetzt durch*“ – doch dann habe ich festgestellt: „*Auch das Verfassen einer Satzung kann spannend sein.*“ Denn über dieses trocken erscheinende Thema kam es zu inhaltlichen Diskussionen, die das gemeinsame Interesse an Veränderungen in der Zukunft zeigten.

WELCHE WÜNSCHE UND ZIELE HAST DU FÜR DEINE POLITISCHE ARBEIT IN 2021?

Karin: Ich wünsche mir, dass wir noch sehr viel mehr Mitglieder werden, um schon allein durch unsere Anzahl eine Aussage zu treffen. Ein großes Ziel ist es im Bundestag, den Landtagen und auch in den Bezirken und Orten mindestens vertreten zu sein, wenn nicht noch mehr. Was die Mitgliederzahl betrifft, werden wir bald die Piraten überrunden und ich wünsche mir weiterhin so viele super engagierte Mitglieder.

Ich wünsch mir auch, dass das basisdemokratische Konzept gesellschaftlich wahrgenommen wird, auch von denen, die uns nicht wählen, dass sich also insgesamt das Konzept der Eigenverantwortung und der politischen Teilhabe verbreitet. Damit die Menschen sich aus ihrer Ohnmacht – „*Das ist Politik, da kann man nichts machen*“ – befreien und stattdessen sagen: „*Ich kann daran teilhaben. Meine Stimme zählt.*“

Natürlich ist auch ein sehr wichtiges Ziel die aktuellen Grundrechtseinschränkungen und sinnlosen Maßnahmen sofort zu beenden. Es wurde so viel Schaden angerichtet. Es geht darum die Alten wirklich zu schützen. Mein Ziel ist eine unabhängige Expertenkommission, an der sehr viele mitarbeiten und möglichst alle gesellschaftlichen Aspekte berücksichtigt werden. Was war falsch oder hat nichts gebracht, was war richtig? Was hätte besser gemacht werden können?

WARST DU VORHER POLITISCH AKTIV?

Karin: Nein, nicht direkt. An Politik hatte ich immer ein diffuses Desinteresse. Meine Teilnahme beschränkte sich darauf alle vier Jahre zu wählen und bei Greenpeace zu unterschreiben.

»Es ist interessant und schön, wie viele unterschiedliche Menschen sich zusammenfinden und bei einer Neugestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen.«



CONSTANZE CLAUS

(*1993), Studium der Biologie; Ausbildung zur Akupunkturin und seit 2019 als Heilpraktikerin selbstständig; spielt Harfe und Klavier, betreibt Kampfsport und zeitgenössischen Tanz; gesunde Ernährung und Kräuterheilkunde sind ihr sehr wichtig.

SEIT WANN BIST DU MITGLIED?

Constanze: Ich bin Gründungsmitglied, ich glaube Mitgliedsnummer 12. Ich war im Frühjahr 2020 bei einer Bezirksgruppe von *Widerstand2020* aktiv. Da ging es nicht so richtig weiter und dann gab es Gerüchte, dass eine neue Partei gegründet werden soll. Der Name war damals noch unklar. Im Juni 2020 kam einer der Organisatoren, der jetzige *dieBasis*-Vorsitzende des Landesverbandes Berlin, Alexander Harm, auf mich zu: „*Willst du nicht auch mit zur Gründung kommen?*“ Ohne genau zu wissen, worauf ich mich da einließ, habe ich spontan zugesagt und bin sehr froh darüber. Die Gründung der Bundespartei war am 4. Juli in Hessen bei Kirchheim und am 31. Juli wurde in Berlin der Landesverband gegründet.

WELCHE GRÜNDE VERANLASSTEN DICH ZU DIESEM SCHRITT?

Constanze: Es war nie mein Lebensplan mit Politik zu tun zu haben, schon gar nicht mit *Partei*-Politik, und dann gründe ich plötzlich eine mit: ein Ergebnis von Spontaneität und Zufall. Das war nicht vorhersehbar, aber ich bin sehr zufrieden dabei zu sein. Es ist interessant und schön, wie viele unterschiedliche Menschen sich zusammenfinden und bei einer Neugestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen.

Im Frühjahr 2020 wurde mir klar, dass ich etwas tun muss. Ich war schon lange mit Missständen in der Gesellschaft unzufrieden. Leider ohne zu wissen, was ich konkret tun konnte. Der erste LockDown löste dann plötzlich eine tiefe Unruhe aus. Für mich war das damals so eine

Art Weckruf, dass jetzt was geschieht und Leute zusammenkommen mussten. Mein Gedanke war: „Ok, die Demos, die Aufregung, Widerstand leisten, das können erst mal andere, ich kümmere mich schon um die Zeit danach. Wie soll unsere Gesellschaft der Zukunft sein?“ Das war schon immer mein wichtigstes Anliegen, insofern sehe ich die Ereignisse der letzten Monate auch als riesige Chance. Alles fühlt sich sehr richtig und gut an. Es ist ein schönes Gefühl und das wünsche ich auch jedem, dass er in all seinem Handeln dieses Gefühl hat.

Wenn die Menschen in Eigenverantwortung und Freiheit leben und sich entfalten können, folgt daraus so viel mehr Schaffenskraft und Wachstum für die Menschheit und natürlich auch für die Einzelnen. Ich möchte, dass die Menschen wieder in Eigenmächtigkeit leben dürfen. Seit fast einem Jahr ist das nicht mehr der Fall und eigentlich schon lange davor nicht.

WELCHE WÜNSCHE UND ZIELE HAST DU FÜR DEINE POLITISCHE ARBEIT IN 2021?

Constanze: Mein Ziel ist, dass wir den Wandlungsprozess friedvoll umsetzen können, auch in Hinblick darauf, dass wir nicht wissen, was dieses Jahr noch alles passiert. Wir müssen auf die Entwicklung reagieren, aber wir agie-

ren auch. Unser Anliegen ist es möglichst viele aktive Menschen zusammenzubringen, sie können als Einzelne mitwirken oder als Gemeinschaft bzw. Schwarm. Diese Eigenmächtigkeit und Selbstverantwortung betrifft auch politische Entscheidungen. Die Grundlage hierfür sind vielfältige und öffentlich zugängliche Informationen, welche die kontroversen Diskussionen abbilden. Wir wollen, dass die Menschen sich informieren und so angemessen abgewogene Entscheidungen treffen können.

Derzeit bin ich als Visionärin im Landesvorstand Berlin. Wir müssen uns noch etwas Mühe mit einer exakten Stellenbeschreibung geben. Nach meiner Interpretation ist eine Visionärin jemand, die das Ziel und das Gesamte nicht aus dem Blick lässt. Meine Vision ist es, dass die Menschen in einer friedlichen und freiheitlichen Gesellschaft leben.

Möglicherweise werde ich meine beruflichen Perspektiven ändern und für die Vorstandspositionen in Land oder Bund zu kandidieren. Da bin ich mir aber gerade noch nicht sicher. Eigentlich will ich aufs Land ziehen und meine Ruhe haben, das war schon immer mein Ziel.

WARST DU VORHER POLITISCH AKTIV?

Constanze: Nö.



»Je größer die massiven Einschränkungen durch die Regierenden sind, desto größer wird die basisdemokratische Gegenbewegung in der Bevölkerung.«

ALEXANDER KUHN

(* 1979), wuchs in Schleswig-Holstein auf und lebt heute noch dort; Vater von zwei Kindern; Ausbildung zum Elektroniker, arbeitet seit 2001 im operativen Bereich der erneuerbaren Energien.

SEIT WANN BIST DU MITGLIED?

Alexander: Seit November 2020 bin ich aktiv dabei. Vorher war ich an der Partei *Widerstand2020* interessiert und habe dort im Gründungsgremium für den Landesverband in Schleswig-Holstein mitgearbeitet. Aber mir war dort zu viel Ego und Schaumschlägerei im Spiel, und ich bin bald wieder ausgestiegen. *DieBasis* gab es seinerzeit noch nicht und ich habe mir gesagt: „*Dann versuche es als unabhängiger Direktkandidat in Nordfriesland, ohne Partei.*“ Das war die erste Idee. Später erfuhr ich von David Silber über die raschen und viel versprechenden Fortschritte der *Basis*. Da die vier Säulen und der basisdemokratische Ansatz auch Bestandteile meiner Lebensphilosophie sind, bin ich seitdem aktives Mitglied.

WELCHE GRÜNDE VERANLASSTEN DICH ZU DIESEM SCHRITT?

Alexander: Bei mir begann das grundsätzliche Nachdenken über das politische Geschehen mit der Finanzkrise 2008. Hinter verschlossenen Türen wurde über zwei- bis dreistellige Milliardenbeträge entschieden und mir zu wenig öffentlich über die Beschlüsse, die Entscheidungsgrundlagen und die Beteiligten diskutiert. Seit März 2020 empfand ich die mangelnde Transparenz als untragbar und dachte: „*Da läuft etwas grundsätzlich schief mit der heutigen repräsentativen Politik.*“

Nach meiner Meinung arbeiten in den Parlamenten, egal ob auf Bundes- oder Landesebene, zu viele Menschen, die überwiegend die eigene Karriere im Sinn haben und nicht das Anliegen verfolgen, bessere Lebens-

bedingungen für die Mehrheit der Menschen zu schaffen. Das ist mein Beweggrund mitzuarbeiten: Ich möchte basisdemokratische, politische Prozesse mitentwickeln, die dann lösungsorientiert umgesetzt werden können.

Die politische Krise um SARS-CoV-2 war also nur ein weiterer Auslöser, der mich und viele andere motivierte, noch stärker aktiv zu werden. Die Ereignisse haben den öffentlichen Diskurs zum Thema geöffnet, das ist die positive Seite der Medaille. Es ist wie in der Natur: Auf einen heftigen Sturm folgt unweigerlich auch wieder ruhigeres Wetter. Wir haben auf der einen Seite die massiven Einschränkungen durch die umstrittenen Maßnahmen der Regierenden und auf der anderen Seite eine basisdemokratische Gegenbewegung in der Bevölkerung. Das ist für mich der Gegenpol um die Balance zu halten. Je intensiver die Bemühungen der Regierenden sind, die Bevölkerung mit dürftigen und einseitigen Argumenten einzuschränken, desto stärker wird die Gegenbewegung sein, und das wiederum bringt wichtige und längst überfällige Veränderungen auf den Weg.

Mein großer Traum ist, dass wir bald die nötige kritische Masse erreichen, indem entsprechend viele Leute ihre Haltung ändern und Verantwortung für sich selbst und die Gesellschaft übernehmen, dass die Vielen in der Bevölkerung den Wenigen in der Regierung klarmachen, dass es so nicht mehr weitergeht. Dafür müssen wir natürlich alle so einiges lernen, denn wir sind es nicht gerade gewohnt als große Gruppen gemeinsam basisdemokratische Entscheidungen zu treffen. Das braucht Übung, Geduld und Achtsamkeit.

WELCHE WÜNSCHE UND ZIELE HAST DU FÜR DEINE POLITISCHE ARBEIT IN 2021?

Alexander: Mein Ziel ist, dass wir als neue starke Partei an der Bundestagswahl 2021 teilnehmen und, dass wir bis dahin bundesweit alle Kreisverbände gegründet haben, damit wir in jedem Wahlkreis unsere Direktkandidatinnen aufstellen können. Mein größter politischer Wunsch ist es, dass wir als *dieBasis* bei der Bundestagswahl die 5%-Hürde überwinden. Dann können wir im Jahr 2022 bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein die ersten Erfahrungen aus der Praxis auch auf Landesebene einfließen lassen.

Ein weiterer persönlicher Wunsch ist, sollte ich irgendwelche Ämter bekleiden, dass ich noch Vorschläge in das Parteiprogramm einbringen kann, z. B. die Kontakttransparenz für Abgeordnete. Wer ein politisches

Amt ausübt, sollte dies sehr transparent tun. Wer ist auf mich, mit welchem Anliegen zugekommen? Wie habe ich darauf reagiert und mit wem hatte ich hierzu weiteren Kontakt? Weiterhin sollten auch die Finanzen der Mandatsträger transparent sein. Wer Steuergeld für seine politische Arbeit erhält, sollte auch seine Einnahmen und Ausgaben vollständig offenlegen.

Sehr wichtig finde ich zudem die Präsenz im eigenen Wahlkreis im Rahmen regelmäßiger lokaler Veranstaltungen. Ich würde mich bei meinen Abstimmungen im Parlament vom Willen meines Wahlkreises lenken lassen. Das heißt, dass ich mit allen abzustimmenden Themen zurück in den Wahlkreis gehe und hier mit den Menschen diskutiere, um die öffentliche Debatte und die direkte Beteiligung der Menschen zu fördern. Meine Entscheidungen wären dann vom Konsensierungsergebnis in meinem Wahlkreis abhängig. Das sind also die großen Säulen, auf die ich meine politische Arbeit aufbauen würde: Transparenz herstellen, Vertrauen schaffen und die Menschen basisdemokratisch mit einbinden.

WARST DU VORHER POLITISCH AKTIV?

Alexander: Ja und nein. Zu politischen Themen habe ich mich schon lange geäußert, aber es ist mein erstes direktes Engagement in einer politischen Partei.



»Wenn du sechs Kinder hast und Parteipolitik machst, dann bleibt leider nicht mehr viel Zeit für andere Interessen.«

DAVID SIBER

(* 1988), geboren in Innsbruck; Studium der Politikwissenschaften und Europäischen Ethnologie; bis 2020 bürgerschaftliches Mitglied bei B90/Grüne in zwei Ausschüssen der Stadt Flensburg; lebt mit seiner Frau und sechs Kindern in Flensburg.

SEIT WANN BIST DU MITGLIED?

David: Seit Mitte September 2020.

WELCHE GRÜNDE VERANLASSTEN DICH ZU DIESEM SCHRITT?

David: Mein Weggang von *Bündnis 90/die Grünen* und die Feststellung, dass *dieBasis* ähnliche Grundsätze, Werte und Vorstellungen von Demokratie und Gesellschaft entwickelt wie ich. Aber auch die Professionalität in der Arbeitsweise und bei der Entwicklung der Strukturen, insbesondere im Vergleich zu den anderen Parteien im Widerstand (*Widerstand2020*, *WIR2020*), sowie die ‚Oberfläche‘, die direkt sichtbaren Parameter: Name und Logo. Die fand ich beide so gut, dass ich mir vorstellen konnte, dass sie, wenn gewählt wird, auch viele andere Menschen

gut finden werden. Unabhängig von der *message* und dem Inhalt der Partei, finde ich Logo und Namen sehr gut gewählt.

WELCHE WÜNSCHE UND ZIELE HAST DU FÜR DEINE POLITISCHE ARBEIT IN 2021?

David: Mein Ziel ist es *dieBasis* für die Bundestagswahl so vorzubereiten, dass sie eine realistische Chance hat daran gut teilzunehmen. Mein Wunsch ist, dass wir es parteiintern schaffen, Strukturen herzustellen, die dauerhaft und verbindlich dazu führen, dass wir die Werte der vier Säulen umsetzen und uns dadurch sehr stark vom Innenleben anderer Parteien absetzen. Hier geht es mir insbesondere um das menschliche Miteinander und um den Austausch von Ideen. Bislang ist das so gut geglückt, dass

sich dieser Wunsch dadurch erst entwickelt hat, denn vorher hielt ich das für eher unwahrscheinlich, wenn so viele Menschen aufeinander treffen.

Ein weiterer Wunsch ist, dass möglichst viele Mitglieder anderer Parteien noch vor den Wahlen zu uns wechseln. Bei uns sammeln sich derzeit zusätzlich zu den sehr vielen Menschen, die noch nie parteipolitisch aktiv waren, ehemalige Mitglieder der Grünen, der Linken, der SPD, der FDP, der CDU, sogar der AFD und von den Piraten.

Im September sagte mir mal jemand: „Wir werden bis Weihnachten 5.000 Mitglieder haben und 10.000 bis zur Bun-

destagswahl.“ Meine Antwort damals: „Ihr seid irre, das schaffen wir nie im Leben.“ Aber tatsächlich waren wir um Weihnachten 5.000 und zur Bundestagswahl werden wir wohl eher 15.000 bis 20.000 Mitglieder haben. Sozialkontakte sind zurzeit die Währung der Basis, denn wir treffen uns und dürfen das auch.

WARST DU VORHER POLITISCH AKTIV?

David: Ja, bei Bündnis 90/die Grünen auf kommunaler Ebene. Aktiv war ich seit 2017, wurde dann 2018 als bürgerschaftliches Mitglied gewählt und habe dort in zwei Ausschüssen der Stadt Flensburg mitgearbeitet.

DAVID SIBER

ZUR DISKUSSION: ENTWICKLUNG DES GRUNDSATZPROGRAMMS IM JAHR 2021

Zu den Wahlen sollten wir ein schlankes Grundsatzprogramm haben mit Ideen zu jedem politischen Ressort. Warum nicht mehr? Die Zeit ist zu kurz und es kann nicht erwartet werden, dass wir bereits ein umfangreiches Programm haben. Zum anderen sind wir dem Wesen nach basisdemokratisch und damit auch thematisch flexibel, d. h. die Formulierungen und Lösungen müssen nicht auf einem gemeinsamen ideologischen Kanon basieren, sie können in dem einen Bereich idealistischer und in einem anderen pragmatischer sein. Das heißt, eine allen politischen Themenfeldern gemeinsame Zielrichtung wird es – was ich gut finde – nicht geben. Es gibt derzeit Bestrebungen in Arbeitsgruppen und Fachausschüssen grundsätzliche Ideen für das jeweilige Ressort auszuarbeiten.

Wir brauchen ein Grundsatzprogramm, damit sich die Wähler ein Bild unserer Partei machen können. Das hat den praktischen Nutzen, dass wir unseren KandidatInnen etwas an die Hand geben und sie zu einzelnen

Themen etwas sagen können. Wir können uns allerdings im Wahlkampf auch darauf berufen, dass wir Lösungsvorschläge basisdemokratisch erarbeiten und durch Abstimmungen konsensieren. Deshalb muss unser Parteiprogramm flexibel sein, denn die zukünftigen Realitäten können wir nicht voraussehen. Außerdem wollen wir die Bevölkerung durch Abstimmungen bei politischen Entscheidungen einbeziehen. Da wir basisdemokratisch sind, ist nichts in Stein gemeißelt, aber alles basiert auf den Grundrechten unserer Verfassung. Unser Wahlversprechen kann also nicht sein, eine bestimmte politische Agenda zu realisieren. **Das Versprechen unserer Partei ist, dass wir die Beteiligung für so viele Menschen wie möglich verbindlich umsetzen.** Für eigene Inhalte fragen wir alle Mitglieder und bei Abstimmungen fragen wir alle Wahlberechtigten.

DIE VIER SÄULEN ACHTSAMKEIT – FREIHEIT – MACHTBEGRENZUNG – SCHWARMINTELLIGENZ

Die folgenden Gedanken zu den vier Säulen wurden in Interviews von vier *dieBasis*-Mitgliedern geäußert.

CONSTANZE CLAUSS, BERLIN

ACHTSAMKEIT

Politik beginnt mit Achtsamkeit. Wir Menschen sind geistig-körperlich-seelische Wesen und sollten uns auch als solche behandeln. So beginnen wir mit einem liebevollen Umgang mit uns selbst und weiten diesen auf unser direktes Umfeld, unsere Mitmenschen, die Natur und die Gesellschaft aus.

FREIHEIT

Freiheit bedeutet für mich ungestörte Selbstbestimmtheit und vor allem Unabhängigkeit. Gerne lebe ich in einer Gesellschaft mit Rechten und Pflichten, jene sollten jedoch niemals die Schöpferkraft und Entfaltung der Menschen unterdrücken, sondern fördern und ein friedliches Zusammenleben ermöglichen.

MACHTBEGRENZUNG

Als Menschen sind wir auch mit Mangel an Liebe und Aufmerksamkeit und daraus resultierendem Neid, Missgunst und Gier konfrontiert. Solange solche Motivatoren für Macht existieren, sind begrenzende Strukturen nötig, um dem Agieren am Wohl der Mitmenschen vorbei entgegenzuwirken und somit in Achtsamkeit die Freiheit der Menschen zu wahren.

SCHWARMINTELLIGENZ

Alle Menschen in einer Gesellschaft sind ein unerschöpfliches Reservoir an Ideen, Konzepten und unfassbarer Schöpferkraft. Daraus ergibt sich die Weisheit der Vielen, die mehr ist als die Summe aller Mitglieder. Es ist möglich für jedes Thema unserer Gesellschaft viele Perspektiven und viele Lösungsansätze zu finden.

KARIN ATTNER, BERLIN

Über die vier Säulen kann man lange philosophieren, da steckt sehr viel drin, aber sie sind auch ein praktisches und großartiges Instrument, an denen politische Entscheidungen gemessen werden können.

ACHTSAMKEIT

Ein Leben in Freiheit wird durch Achtsamkeit – oder liebevolles Miteinander, wie es in den Säulen von *Widerstand2020* formuliert war – ermöglicht. Freiheit ist ein hohes Gut und Machtbegrenzung ist der Rahmen dafür, aber erst die Achtsamkeit füllt sie aus. Ich achte auf meine eigene Würde und ich achte die Würde meiner Mitlebewesen: Nur so ist echte Gemeinschaft möglich. Wir haben das nie gelernt, aber es wird höchste Zeit, wenn wir als Menschheitsfamilie überleben wollen.

FREIHEIT

Das grundlegende Verständnis von Freiheit finde ich in den ersten beiden Artikeln unseres Grundgesetzes sehr gut beschrieben. Die Würde des Menschen ist unantastbar – eine großartige Formulierung. Freiheit bedeutet für mich das Recht auf eigene Entscheidung – inklusive der Möglichkeit Fehler zu machen. Denn aus Fehlern kann ich lernen und mich weiter entwickeln. Freiheit bedeutet für mich auch, meine wirklichen Ziele und Träume leben zu können – nicht eingeredete oder übergestülpte virtuelle Träume, sondern das, womit ich reales Glück erfahren und teilen kann.

MACHTBEGRENZUNG

Meine Freiheit endet da, wo ich die Freiheit des anderen einschränke. Das auszutarieren, ins Gleichgewicht zu bringen, ist Machtbegrenzung. Ja, ich kann als schöpferisches Wesen alles „machen“ – aber eben nicht auf Kosten anderer. Machtbegrenzung klingt erst mal sehr einschränkend, aber es ermöglicht uns ein faires Miteinander und ein Leben in Freiheit.

SCHWARMINTELLIGENZ

Und da ist der Schwarm gefragt in diesem Miteinander. Einen guten Begriff dafür finde ich die „Weisheit der Vielen“. Das erlebe ich immer wieder bei der Basis, wo Menschen ihren inneren Werten folgen und sich in ihrem Anderssein schätzen und achten. Oft stellt sich heraus, wenn jemand hohen Widerstand gegen etwas hat, dass es eben doch noch nicht rund und gut durchdacht ist oder, dass ein gemeinsamer Nenner mit dem alle leben können, viel sinnvoller als das Durchboxen eigener Ansichten ist. Oder, dass durch die Akzeptanz vieler Meinungen großartige Ideen überhaupt erst entstehen.

ALEXANDER KUHN, NORDFRIESLAND

ACHTSAMKEIT

Von außen prasseln auf uns häufig sehr verschiedene Einflüsse ein. Das löst in uns etwas aus und man reagiert darauf in einigen Situationen so, dass es zu einem Streit kommt. Jeder sollte zunächst auf seine eigenen Emotionen und die damit verbundenen Reaktionen achten. Achtsamkeit beginnt für mich damit, dass ich meine Gefühle wahrnehme. Dies ist die Unterbrechung von Eskalation. Es ist eine Form der Deeskalation im Innern, indem ich die Dinge selber mit mir ausmache.

Natürlich soll ich mir nicht alles gefallen lassen, ich sollte Grenzen setzen, aber ich muss nicht angreifen. Wenn jemand nicht achtsam ist, dann fordere ich das nicht ein, sondern kontrolliere meine Reaktion. Jeder ist für seine Gefühle und Reaktionen selbst verantwortlich.

FREIHEIT

Damit sind wir bei unseren großen Leuchttürmen und Errungenschaften: Den Grundrechten. Sie sind unsere Wegbegleiter und die fundamentalen Orientierungspunkte unserer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft. Seit den 1970er-Jahren werden Grundrechte schleichend immer weiter eingeschränkt, das ist für eine freie Gesellschaft weder akzeptabel noch hinnehmbar.

MACHTBEGRENZUNG

Nehmen wir als Beispiel die aktuelle Konzentration von Macht in der Exekutive. Die Kanzlerin trifft sich mit den Ministerpräsidenten und an der Legislative vorbei werden umstrittene Verordnungen erlassen. Dieses Verhalten ist weit im roten Bereich einer demokratischen Fieberkurve. Wir wollen zunächst innerhalb der Partei basisdemokratisch Entscheidungen zum Programm

durch Konsensierungen finden, also Lösungen mit dem geringsten Widerstand der Teilnehmer. Das wird der bessere Weg sein und erfordert keine mediale Manipulation, wie wir es dieser Tage regelmäßig erleben.

SCHWARMINTELLIGENZ

Davon bin ich noch nicht hundertprozentig überzeugt. Ob wir damit immer die richtigen und intelligentesten Entscheidungen durch den großen Schwarm bekommen, ist die große Hoffnung, ob es jedoch so sein wird, das wissen wir heute noch nicht. Diese Säule korreliert mit der Machtbegrenzung und wenn bei ausgewogener Macht Entscheidungen durch den Schwarm getroffen werden, die sich später als ungünstig erweisen, dann werden diese auch vom gesamten Schwarm getragen.

DAVID SIBER, FLENSBURG

Die Texte zu den einzelnen Säulen sind von einzelnen Arbeitsgruppen sehr gut ausgearbeitet worden. Diese haben versucht eine möglichst einfache Formulierung zu finden, die einiges inkludiert. Jeder Mensch hat sein eigenes Verständnis von Freiheit und Achtsamkeit und die Mittel und Wege Machtbegrenzung und Schwarmintelligenz umzusetzen, sind auch mannigfaltig. Für meinen Beitritt war es ein Vorteil, dass es diese universellen Werte gab. Die individuelle Interpretation der vier Säulen ist sehr unterschiedlich, da sie breit gefasst sind; Schwarmintelligenz würde ich davon vielleicht ausnehmen. Derzeit wird in Flyern, Satzungen und Textentwürfen für das Grundsatzprogramm viel formuliert und jeder Kreisverband hat teilweise Ergänzungen und Ideen: „*Ich möchte das lieber so und so.*“ Dieses föderale Durcheinander ergibt sich teilweise aus dem Missverständnis, was eine Satzung, ein Programm und eine Vision ist. Diese fortdauernde Arbeit des Formulierens ist sehr gut, denn das individuelle Interpretieren sorgt dafür, dass ständig erneuert und erweitert wird. Diese Begriffsarbeit wird etwas sein, was *dieBasis* dauerhaft bewegen wird: Jetzt und auch in zehn Jahren.

Insbesondere die Säule der **ACHTSAMKEIT** gibt es im bisherigen politischen Kontext nicht. Sie hat vor allem die Funktion den politischen Streit dort zu belassen, wo er hingehört: auf der inhaltlichen Ebene. In der Praxis hat das bisher sehr gut funktioniert, weil die Säule Achtsamkeit etwas ist, an der sich viele Menschen orientieren, die in der jüngeren Vergangenheit erlebt haben, wie sie darunter zu leiden haben, wenn sie selbst eine unliebsame

Meinung vertreten. Diese Personen trauen sich insbesondere in unserer Partei Kritik zu formulieren und sich zu positionieren, weil sie den Schutz durch diese Säule fühlen. Weil sie wissen, dass sie, wenn sie einer (gefühlten) Mehrheit widersprechen, sich durch diese Säule einen Standpunkt verschaffen können und, dass sie gehört werden ohne ausgegrenzt zu sein. Das ist parteiintern der große Gewinn, der durch die Achtsamkeit entsteht, dass die Menschen sich trauen, zu diskutieren und keine Sorge haben, dass sie dadurch irgendwelche Nachteile erleiden, wie das aktuell viele Menschen erleben. Anfangs konnte ich mit dem Begriff Achtsamkeit nichts anfangen, er erschien mir wie ein Modebegriff der Yoga-Community. Manche verknüpfen Achtsamkeit stark mit Emotion: *„Ich möchte mich gern so fühlen, wie es für mich gut wäre und ich möchte eine Situation hergestellt haben, die mir gegenüber so achtsam ist, dass ich mich gut fühle.“* Das ist die egoistische oder vielleicht auch narzisstische Variante von Achtsamkeit. Ich habe auch die Erfahrung gemacht, dass Achtsamkeit in Ostdeutschland etwas anderes bedeutet. Wir achten darauf, was andere tun und berichten darüber.

Die Säulen der **MACHTBEGRENZUNG** und der Freiheit sind sehr eng verzahnt. Säulen wie Freiheit und Achtsamkeit stellen eine generelle Handlungsanweisung an uns selbst dar, aber die Säule der Machtbegrenzung, für mich persönlich die wichtigste Säule, gibt die Chance eine Differenz zu den anderen politischen Parteien herzustellen. Diese Säule hat die stärkste Möglichkeit Veränderungen im politischen Alltag herbeizuführen, gleichwohl ist sie aber am meisten gefährdet, nicht mehr ausgeübt zu werden, sollten wir erst einmal im politischen System verankert sein. Deshalb ist es bei der Säule Machtbegrenzung so wichtig, auf basisdemokratischem Weg jetzt schon viele Verbindlichkeiten zu schaffen. Jetzt, wo wir alle noch von dem Haltung des Widerstandes, dem Gefühl der Ohnmacht und der Kritik an der herrschenden Politikelite getrieben sind und derartigen Machtmissbrauch für uns selbst nicht wollen, außerdem haben wir derzeit keine finanziellen Vorteile oder Interessen. Die Säule Machtbegrenzung benötigt unbedingt und so schnell wie möglich eine stark festgeschriebene Ausarbeitung. Ich gehe davon aus, dass dies zu einem späteren Zeitpunkt sehr viel schwerer sein wird. Allerdings haben wir bereits in den Bundes- und Landessatzungen viel im Bereich Machtbegrenzung umgesetzt, was andere Parteien nicht haben und auch niemals umsetzen würden. Es geht uns besonders um Beteiligungsprozesse und es geht um die

Amtsausübung. Die Machtbegrenzung wird auch beim nächsten Bundesparteitag erweitert werden, hier dreht sich vieles um die finanziellen Entscheidungsmöglichkeiten von Mandatsträgern. Wir wollen dauerhaft deren Anbindung an die Basis der Mitglieder erhalten, finanziell wie auch inhaltlich. Daher ist in meiner täglichen Arbeit die Machtbegrenzung die wichtigste Säule, gleichwohl ich mich sehr über die Säule Achtsamkeit freue.

SCHWARMINTELLIGENZ ist etwas, das über den Beteiligungsprozess, der auch mit Machtbegrenzung zu tun hat, herstellbar ist. Derzeit geht es hier stark um die Herstellung technischer Möglichkeiten um die Schwarmintelligenz auch abrufen bzw. ihr Zugang zu verschaffen. Damit beschäftige ich mich weniger, da sich dieser technische Bereich meiner Kompetenz entzieht.

Die Säule der **FREIHEIT** steht für mich etwas einsam, denn es ist ein menschlicher Grundwert, auf den wir uns schon seit Jahrzehnten verständigt haben. Aber wir müssen hinterfragen, was Freiheit bedeutet. Wir merken momentan, dass unsere Freiheit eingeschränkt wird. Das ist nicht neu, teilweise war das schon vorher so, nur waren diese Beschränkungen nicht so sichtbar. Welches Verständnis von Freiheit haben wir? Ist dies nur ein negatives Verständnis oder gibt es ein positives Verständnis, dass wir als Partei umsetzen können? Damit habe ich mich bislang weniger beschäftigt, denn es ist offensichtlich, dass wir derzeit eingeschränkt sind und, dass wir unsere Freiheit wieder herstellen müssen. Im Nachgang zu der aktuellen Krise der Politik und der Medien seit März 2020, die durch einen unvermittelt auftauchenden Virus (SARS-CoV-2) sichtbar und verstärkt wurde, werden wir uns mit so vielen Teilnehmern wie möglich in einer gesellschaftlichen Evaluation intensiv befassen, was wir unter Freiheit verstehen.

MEDIEN UND *dieBasis* – WAS ERWARTET UNS?

„Jedes Interview, das jemals jemand von uns geben wird, wird geeignet sein uns nachzuweisen, dass wir gegen die Säulen verstossen haben.“ DAVID

WENN WIR UNSERE IDEEN VERBREITEN WOLLEN, BEDEUTET DIES AUCH EINE KOOPERATION MIT DER HEUTIGEN MEDIENLANDSCHAFT. SO STELLT SICH DIE FRAGE: WIE KÖNNEN WIR UNS ALS *dieBasis* UND WIE KANN SICH JEDER VON UNS, DER FÜR EIN INTERVIEW ANGEFRAGT WIRD, VORBEREITEN? SOLLEN SICH NUR DIE JEWEILIGEN SPEZIALISTEN EINER FACHGEBIETES ÖFFENTLICH ÄUSSERN?

David: Das wäre ein interessantes Verfahren, wenn wir sagen die Auswahl der Interviewten erfolgt thematisch und sachdienlich. Ich weiß nicht, wie lange es dauern wird, dass wir uns so was auch erlauben können. Momentan ist es ja noch kaum so, dass wir als *dieBasis* für Interviews angefragt werden, sondern es werden Einzelpersonen angesprochen. Die können, wenn sie Glück haben, auch noch etwas über *dieBasis* sagen. Die Aufmerksamkeit ist derzeit personenbezogen und polarisierend.

WIE VERHÄLTST DU DICH BZW. WAS SCHLÄGST DU VOR?

David: Jedes Parteimitglied sollte in Interviews klarstellen, dass es im wesentlichen von seinen Vorstellungen spricht und nur in ganz besonderen Fällen und Fragestellungen für *dieBasis*. Grundsätzlich sprichst du nur als Individuum, das muss man noch vorne stellen.

Außerdem muss klar sein, dass Aussagen unserer Mandatsträger öffentlich von anderen widersprochen werden kann. Es muss möglich sein, dass eine Person X ein Interview gibt und ihr Verständnis zu einem Thema darstellt und ein anderes Parteimitglied sagt: „*Ich habe davon ein anderes Verständnis.*“ Das wesentliche einer basisdemokratischen Partei ist, dass sich nicht alle einig sind und auch nicht so tun, als wären sie es. Es ist also in Ordnung die unterschiedlichen Spektren in der Öffentlichkeit darzustellen, wenn wir damit ausdrücken, dass wir intern einen gemeinsamen Willensbildungsprozess starten.

Das mag vielleicht erstmal für Wähler oder Leser befremdlich wirken, dass sie aus ein und derselben Partei unterschiedliche Meinungen bekommen, aber das ist le-

bensnah. In anderen Parteien funktioniert das nicht. Es gibt die Parteilinie und die Landeslinie. Da geht man nicht dagegen, denn das öffentliche Auftreten soll konsistent sein. Das gehe ich dann mit, wenn es um beschlossene Sachverhalte geht, aber nicht, wenn es eine Interviewsituation ist. Wir können davon ausgehen, dass uns dieses Verhalten vorgehalten wird: „*dieBasis ist sich nicht einig, die sind zerstritten.*“ Es erfordert also auch ein gesellschaftliches Umdenken, weil bislang das Verständnis für basisdemokratische Entscheidungsprozesse fehlt. Auch die inhaltliche Diskussion innerhalb einer Partei kann, ja muss öffentlich stattfinden. Ich halte es allerdings für schwierig, das noch vor den Bundestagswahlen darzulegen. Ich glaube nicht, dass wir ausreichend Möglichkeit erhalten werden, unsere Gründe und Gedanken zu erklären.

Ich möchte nicht, dass irgendeiner unserer Mandatsträger mit irgendetwas vorprescht, weil das seine Überzeugung ist und alle anderen müssen ihn dann decken; wie das in der heutigen Parteipolitik häufig der Fall ist. Wo dann Fehler, Ungerechtigkeiten und verbale Entgleisungen klein geredet werden. *dieBasis* muss darauf aufpassen, dass Vertreter und Mitglieder, die öffentlich sprechen, nicht basisdemokratische Elemente untergraben, indem sie ihre eigene Agenda nach vorn stellen. Diesem medialen Druck der auf Politiker täglich einwirkt, können wir selber nur begegnen, indem wir sagen: „*Wir spielen das so nicht mit.*“ Das wäre etwas, was man ausarbeiten sollte.

HINTER DEM INTERVIEWENDEN JOURNALISTEN IST UNSICHTBAR DIE REDAKTION, MIT DER ZEIT UND DER MÖGLICHKEIT, ARTIKEL ODER BEITRÄGE ZU VERÄNDERN. WIE WAREN HIER BISHER DEINE ERLEBNISSE?

David: Die Art und Weise wie gefragt wird und wie Interviews bearbeitet werden, wirkt sich erheblich darauf aus, was man sagen kann. Ich habe bisher kaum negative Erfahrungen gemacht. Meine Bedingung war, dass das Ge-

sprach mehrere Stunden dauert um ein gegenseitiges Kennenlernen zu ermöglichen.

Der basisdemokratische Ansatz ist etwas woran die Medien gefallen finden könnten. Diese Forderungen sind sympathisch und können von allen nur gewünscht werden; sie sind daher für die Medien keine Bedrohung. Viele unserer Mitglieder sind in ihrem öffentlichen Auftreten ebenfalls sehr harmlos. Daran könnten die Medien Gefallen finden. Wir sind keine Berufspolitiker, vielleicht belächelt man das oder nimmt es nicht ernst, aber ich finde es gut. Als Zeitung gegen eine basisdemokratische

Partei anzuschreiben, ist nicht gut, denn Basisdemokratie wollen viele, z. B. die Grünen, die Linken, die Antifa, und selbst die SPD experimentiert mit basisdemokratischen Elementen.

MIT WELCHEN VERUNGLIMPFUNGEN RECHNEST DU?

David: Vielleicht kommt AFD 2.0 oder Extremisten oder Querdenker, aber das stimmt ja nicht. Es ist wahrscheinlich naiv, zu denken, dass es nicht so schlimm wird.

ANDREAS SCHLOTHAUER

STRATEGIEN WIDER DEN MEDIALEN PERSONENKULT – VORSCHLÄGE UND IDEEN

Die meisten Medien haben bisher ein einfaches Konzept im Umgang mit Parteien und Politikern verfolgt. Daher ist absehbar, was passieren wird, wenn *dieBasis* interessant würde: Sie werden einzelne Personen wählen, die so für die Öffentlichkeit zum, *dieBasis*-Gesicht' werden. Die Gefahr ist, dass erst gehypt und dann vernichtet oder von Anfang diffamiert wird. Eine dauerhaft neutrale und informative Berichterstattung würde einen Gesinnungswandel und Systemwechsel bedeuten, der in den nächsten zwei bis fünf Jahren eher unwahrscheinlich ist.

Knappe, intelligente, einfache oder provokative Antworten werden von den Medien bevorzugt, doch niemand ist in der Lage zu allem etwas sinnvolles zu sagen. Wir können zwar über unser Erleben und unsere Meinungen sprechen, aber kompetent ist jeder von uns nur in sehr begrenzten Bereichen.

Meine wesentliche Botschaft wäre daher: **Kein Personenkult.**

Die Gefahr medialer Aufmerksamkeit wird nur der unterschätzen, der sie nie erlebt hat. Jeder Mensch ist eitel, damit hat unser Charakter einen bestechlichen Türsteher. Dazu kommt, dass wir die an uns herangetragenen Erwartungen gern erfüllen wollen, was zuerst unser Auftreten und dann unsere Selbstwahrnehmung verändert.

In Interviews werden Fragen zu sehr unterschiedlichen

Themen vorgelegt und die Erwartung des Journalisten ist, dass jeweils Antworten gegeben werden. Kommt zu häufig – „*dazu kann ich nichts sagen*“ – erscheint man als inkompetent. Zu bedenken ist auch, dass viele Bürger von einem Politiker erwarten, dass er zu allem etwas wichtiges äußert. Daher entsteht im Interviewten die Neigung auch zu Themen zu referieren, von denen wenig oder nichts verstanden wird. Gelingt dies passabel, verstärkt sich der Glaube: „*Ich kann zu allem etwas sinnvolles sagen.*“ Das Ergebnis: Selbstüberhöhung und Bereitschaft zum Narzissmus.

Wir kennen diesen Charakter, er dominiert die verschiedenen **Fernseh**formate, die als Talkshow bezeichnet werden. Deren Zunahme war für mich der Grund bereits in den 1990er-Jahren den Fernseher endgültig abzuschaffen. Seitdem ist die Qualität nicht besser, sondern schlimmer geworden. Eitelkeit und Personenkult sind heute so untrennbar mit dem „Fernsehen“ verbunden, dass immer weniger Menschen dieses Medium nutzen.

Im **Radio** ist der Effekt dadurch abgeschwächt, dass wir nicht versucht sind, uns visuell zu präsentieren. Die große Pose ist auf Audio sinnlos, denn das Publikum sieht diese nicht. Die Wirkung beim Hörer ist eine andere als beim Seher, daher ist es schwieriger mit Tonaufnahmen und Radio einen Personenkult zu generieren als mit Film-

aufnahmen. Das Zuhören zentriert uns auf Worte und Inhalt, während uns Zusehen von diesen ablenkt. Allerdings bedeutet flüssig reden zu können noch lange nicht, dass wichtige Gedanken oder richtige Inhalte geäußert würden. Das zeigt das mehrmalige Lesen und Durcharbeiten von Interviewmitschriften oder Skripten von Radiosendungen.

Während Radio- und Fernsehauftritte mehr oder weniger in Echtzeit erfolgen und durch den Aufgetretenen nicht mehr veränderbar sind, ist dies bei **Printmedien** dann anders, wenn ein Interview noch einmal vor der Veröffentlichung gegengelesen und überarbeitet werden kann. An Texten kann lange gefeilt und es können Quellen exakt benannt werden, außerdem können die Lesenden jeweils für sich wählen, wie intensiv sie den Beitrag rezipieren.

ZUR DISKUSSION GESTELLT:

In **Pressemitteilungen** zu Themen folgt nach der zusammenfassenden Kurzform die Langform, die den Qualitätsanforderungen wissenschaftlicher Publikationen folgt, d. h. in Fussnoten sind die Quellen genannt und in einem Quellenverzeichnis gelistet. Grundsätzlich sollten die Pressemitteilungen vor Veröffentlichung von mehr als drei Personen gelesen werden.

Bei öffentlichen **Presseterminen** sollten mehrere Personen anwesend sein, die abwechselnd reden. Ist der interne Diskussionsstand zu einem Thema vielfältig und widersprechend, dann können die unterschiedlichen Argumente von mindestens zwei **Pressesprechern** oder anderen Personen vorgetragen werden.

Bei den **Printmedien** ist es üblich, dass die Fragen vor dem Interview geschickt werden und so die Antworten gemeinsam mit Spezialisten erarbeitet werden können. Die schriftliche Formulierung gibt dem Interviewten eine Grundlage für das Gespräch. Der Text kann zeitgleich mit dem Print-Interview auf einer *dieBasis*-Internetseite veröffentlicht werden und zeigt so mögliche Kürzungen und Veränderungen.

Eigene Tonaufnahmen: Da die Interviews aufgezeichnet werden, sollte auch der Interviewte mit einem eigenen Gerät aufnehmen. Das erleichtert später den Nachweis interpretierter oder hinzu gefügter Stellen.

Bei **Anfragen zu Fernseh- und Radioauftritten** ist zu überlegen, wer auftritt und, ob es prinzipiell mehrere Personen sein sollen. Es wäre hilfreich, wenn auf Landes- und Bundesebene Listen mit geeigneten Personen und

deren Spezialisierungen geführt würden, die bereit wären in Interviews aufzutreten oder daran vorbereitend mitzuwirken. Es ist nicht wünschenswert, dass eine Person als Parteimitglied jahrelang zu einem Themenbereich auf allen Kanälen tanzt. Auf Landes- und Bundesebene sollten vorbeugend geeignete Modelle des Wechsels schriftlich erarbeitet werden.

Mit welchen digitalen Verfahren können wir **Konsensierungen** in laufende Interviews bzw. Auftritte einbringen? D. h. während die nächste Frage beantwortet wird, läuft im Hintergrund die digitale Konsensierung und ein Diskussionsstand oder Ergebnis kann dann einige Minuten später vorgetragen werden.

Es sollten **Pressearchive** auf Landes- und Bundesebene eingerichtet werden, in welchen die Medienbeiträge gesammelt werden. Diese sind zu gliedern in Beiträge zu *dieBasis* und in solche von Parteimitgliedern, die im Beitrag nur ihre Mitgliedschaft nennen.

Die Interviews bzw. Auftritte sollten **nachträglich** in Medien-AGs gemeinsam mit der Person diskutiert werden. Diese sollten regelmäßig Empfehlungen konsensieren, ob und wie lange sich eine Person dem Medienzirkus aussetzt. Regelmäßige Pausen von Wochen oder Monaten sind zu empfehlen, damit der Betroffene die Wirkung spürt: es ist eine Art Entzug, der protokolliert werden sollte, damit Nachfolgende daraus lernen können.

Politik ist öffentlicher Auftritt und die empfundene Aufmerksamkeit vieler verändert jeden. Legt euch vorher eure Auszeiten fest (z. B. nach drei Monaten, einen Monat Pause) und benennt am Anfang, ob ihr Ämter, die mit vielen medialen Auftritten verbunden sind, vier oder acht Jahre ausüben wollt. Bestimme vorher selbst, wie lange dich dieses Gift verändern darf.

ZWEI DEMONSTRATIONEN

BERLIN AM 1. AUGUST 2020 – EINDRÜCKE

Der folgende Text wurde am 19. August 2020 auf einer Internetseite (rubikon.news) veröffentlicht und war damals für alle diejenigen gedacht, die am 1. August 2020 nicht in Berlin waren und daher nur Medien wie ARD, Dlf, FAZ, Spiegel, Tagesspiegel, ZDF, Zeit als Quelle nutzen können. Die dortigen Berichte stimmen, was die Anzahl der Demonstrierenden und die Art der Teilnehmer betrifft, nicht mit meinen Beobachtungen als Teilnehmer überein.

Die Medien nennen überwiegend eine Zahl von etwa 20.000 Demonstrationsteilnehmern, aber es waren Hunderttausende. Es könnte sogar sein, dass die von den Veranstaltern nach der Demonstration genannte Zahl von über einer Million erreicht wurde, aber das ist nur mein subjektiver Eindruck. Entscheidend ist jedoch, dass die offizielle Schätzung der Polizei von 20.000 deutlich überschritten wurde. Trotzdem hat sich bei allen oben genannten Medien die Polizei-Schätzung als **einzig**e Quelle durchgesetzt.

In Berlin traf sich ein bunter Querschnitt der Gesellschaft und eine friedliche, unaufgeregte, wandernde Menge auf einer Gesamtstrecke von annähernd acht Kilometern. Als die Vorhut dieser Menschenschlange das Ziel, die Siegessäule gegen 14:15 Uhr erreichte, befand sich das Ende noch im Scheunenviertel und war somit etwa fünf Kilometer entfernt.

Als die Polizei die Demonstration gegen 15:35 Uhr an der Marschallbrücke für aufgelöst erklärte, bewegte sich der Hauptteil des Demonstrationzugs noch auf den Straßen Unter den Linden — Wilhelmstraße — Spreebogen sowie auf dem Gelände vor dem Bundeskanzleramt bis zum angrenzenden Park und hatte die Straße des 17. Juni noch gar nicht erreicht. Eine Luftaufnahme des gesamten Demonstrationzugs wurde bisher von keiner Stelle veröffentlicht. Die kursierenden Luftaufnahmen von der Straße des 17. Juni sind daher ein willkürlicher räumlicher Ausschnitt zu einem beliebig gewählten Zeitpunkt und für die Zählung der Menge **aller** Demonstrierenden ungeeignet.

Die Demonstrierenden hielten auf der Straße in den Abschnitten, die ich beobachten konnte, denselben Abstand wie die Menschen auf den anliegenden Bürgersteigen, Einkaufende und Touristen: Die Anzahl der Maskenträger war auf den Bürgersteigen nicht höher als auf der Straße. Der Mindestabstand von 1,50 Metern war auf dem Fußweg für mich nur dann ein Problem, wenn mir Gruppen von Touristen oder Jugendlichen entgegenkamen. Auf der Straße selbst war der Abstand leicht einzuhalten. Kleine, zusammengehörende Gruppen, zum Beispiel Familien, Freunde sowie gemeinsam Angereiste von drei bis sechs Personen, die den Mindestabstand unterschritten, konnte ich öfter beobachten.

Für meine Teilnahme an der Demonstration hatte ich drei Motive.

Erstens erachte ich eine öffentliche Diskussion über die Maßnahmen seit März 2020 für notwendig, um daraus zu lernen. Denn wären grundlegende Fehler gemacht worden, dann würden bei einem zukünftigen Ernstfall unnötigerweise Menschen sterben. Es ist für mich selbstverständlich, dass mit den Kritikern der Maßnahmen öffentlich zu diskutieren ist, auch wenn ich möglicherweise ihre Argumente dann nicht teile.

Zweitens verschickte meine Partei, die SPD Berlin, am 31. Juli 2020 einen Aufruf zur Teilnahme an einer Kundgebung „gegen die bundesweite Demo von Rechtsradikalen und VerschwörungsideologInnen“. In dem Aufruf vermisste ich jede Argumentation und fragte mich: Wer sind diese „Rechtsradikalen und VerschwörungsideologInnen“?

Drittens sprach Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) am 31. Juli von erwarteten 22.000 Teilnehmern und ich rechnete bereits zu diesem Zeitpunkt mit deutlich mehr.

BEOBACHTUNG UND TEILNAHME

Während meiner Teilnahme wollte ich mir einen Überblick über die Anzahl der Demonstrierenden und deren Zusammensetzung verschaffen. Daher bin ich abschnittsweise mitgegangen, wobei ich überwiegend den Fußweg nutzte, da ein Betrachten der Anwesenden von dort aus

leichter war. Meinen ersten Abschnitt begann ich etwa zwei Kilometer vom Startpunkt, dem Brandenburger Tor, entfernt, er führte über die Torstraße in die Rosenthaler- und dann in die Weinmeisterstraße. Der zweite Abschnitt war in der Karl-Liebnechtstraße, der dritte in der Wilhelm-/Dorotheenstraße und der vierte am Ende der Demonstrationsroute, in der Straße des 17. Juni. Weiterhin habe ich mich an vier Punkten für 10 bis 20 Minuten aufgehalten und den Zug an mir vorbeilaufen lassen. Beim Gehen und während der Pausen habe ich mich mit etwa 15 Personen jeweils zwei bis fünf Minuten unterhalten. Drittens bin ich gegen 14:00 Uhr zum Ende des Demonstrationzuges gefahren, das sich zu diesem Zeitpunkt in Höhe der Ecke Torstraße/Friedrichstraße befand. Weiterhin war ich um 15:00 Uhr an der Straße des 17. Juni etwa einen Kilometer vom Großen Stern, der Siegestsäule, entfernt und bin von dort entgegen der Richtung des Demonstrationzuges bis zur Wilhelmstraße/Unter den Linden und dann zur Kronprinzenbrücke gelaufen. Details dazu folgen später.

EINDRÜCKE ZU DEN DEMONSTRIERENDEN

Unterwegs war an diesem Tag ein zufälliger Querschnitt durch die Gesellschaft. Ich sah nicht sehr viele Kinder mit Eltern, und die Altersgruppe bis etwa 25 Jahre war sicher unterrepräsentiert. Ich meine, ein Übergewicht der 40- bis 60-Jährigen festgestellt zu haben. Möglicherweise nahmen etwas mehr Frauen als Männer teil. Immer wieder trugen die Teilnehmer Schilder mit Ortsnamen und Bundesländern, die Menschen kamen also aus allen Teilen Deutschlands und auch aus Nachbarländern. Sie hatten Regenbogenfahnen sowie Plakate als Abgrenzung nach rechts mitgebracht, zum Beispiel „Kein Platz für die AfD“.

Insgesamt habe ich drei bis vier Mal Flaggen mit deutschem Reichsadler gesehen, mögliche Hinweise auf Reichsbürger als Träger, und ein Bayer in kurzen Hosen hatte seine Waden mit „White“ und „Power“ tätowieren lassen. Eine Aussage, die nicht zu den vielen Mitdemonstrierenden passte, deren Wurzeln teilweise in Asien oder Afrika lagen.

Nur vom Aussehen oder der Kleidung auf die Gesinnung als „Rechtsradikale“ oder „Verschwörungsideologinnen“ zu schließen, halte ich dann für unseriös, wenn zum Beispiel keine eindeutigen Sprüche auf den T-Shirts stehen oder bestimmte Marken getragen werden. Mir war eine Klassifizierung per Augenschein jedenfalls nicht

möglich. Wenn die oben genannte Behauptung stimmen würde, dann wäre der Querschnitt in Deutschland rechtsradikal. Und so erhebt sich die These der Berliner SPD, da ohne Argumente und den Versuch eines empirischen Nachweises geäußert, wohl kaum über das Niveau einer Verschwörungstheorie.

Mit etwa 15 Personen konnte ich mehrminütige Gespräche führen. Nur einer war etwas aufgeregter und äußerte Theorien zu den Vorgängen der letzten Monate, die ich wegen der Kürze des Gespräches nicht exakt als Verschwörungstheorie einordnen würde. Die anderen drückten im Wesentlichen ihre Beunruhigung zu verschiedenen Themen aus: Impffzwang, Behördenwillkür, Handeln der Regierenden, Gleichklang der Medien et cetera. Die Menschen suchten das Gespräch und die offene Diskussion. Es waren so viele und so unterschiedliche Menschen, dass eine Verallgemeinerung weder möglich noch sinnvoll ist.

EINDRÜCKE ZUR ZAHL DER DEMONSTRIERENDEN

Eine Schätzung setzt den konsequenten Verbleib an einer Stelle voraus, um vom ersten bis letzten Vorbeiziehenden wenigstens ungefähr zählen zu können. Das habe ich nicht gemacht, denn es hätte etwa drei bis vier Stunden gedauert. Genaue Zahlen könnte die Auswertung der Filmaufnahmen des stundenlang kreisenden Hubschraubers der Polizei ergeben. Auch die Handy-Provider könnten durch die auf der Demonstrationsstrecke aktiven Handys eine Zahl nennen. Wer Details wissen möchte, der muss sich also entweder an einen Auslandsgeheimdienst, deutsche Dienste dürfen ja im Inland nicht aktiv werden, oder an die Regierung wenden, diese könnte die Hubschrauber aufnahmen auswerten lassen. Vor allem unsere Regierenden müssten wegen der hohen Anzahl der Anwesenden ein erhöhtes Bedürfnis nach exakter Information haben.

In einem Café an der Ecke Rosenthaler/Gipsstraße sitzend, habe ich die Zahl der Vorbeigehenden pro Sekunde mehrmals geschätzt und kam auf 10 bis 15 Personen. Das wären zwischen 600 und 900 pro Minute und zwischen 36.000 und 54.000 pro Stunde. Ich kann allerdings nicht sagen, wann der erste und wann der letzte Teilnehmer diese Stelle passiert hat. Waren es drei oder vier Stunden? Außerdem können auch andere — ebenso wie ich — Abkürzungen genommen haben und dann erst später im Zug mitgegangen sein, zum Beispiel ab Unter den Linden. Oder sie kamen direkt zur Straße des 17. Juni.

Es war nicht nur die Menge und Vielfalt der Demo-Teilnehmer, die mich beeindruckte. Es war vor allem ihre friedliche Bereitschaft, mit ihrer Anwesenheit eine Kritik an der Regierungspolitik der letzten Monate auszudrücken.

Nirgends habe ich Aggression erlebt, auch die Anweisungen der Polizeibeamten wurden bereitwillig befolgt. Letztere wirkten auf mich in hohem Maße professionell und ruhig. Vielen Dank dafür! Soweit ich es sehen konnte, verhielten sich die Demonstrierenden sehr rücksichtsvoll und friedlich. Natürlich war ich nicht überall und nur zwischen 12:00 und 16:00 Uhr vor Ort. Ich kann daher unmöglich ausschließen, dass sich auch andere Szenen ereigneten.

Willkürlich ausgewählte, anonym bleibende Demonstrierende, wie sie in Interviews zu Wort kommen, sind keinesfalls repräsentativ für alle Anwesenden. Sie zeigen nur, dass auch ein Mensch mit dieser Meinung anwesend war.

Die Prognose-Qualitäten von Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) vom 31. Juli 2020, der von erwarteten 22.000 Teilnehmern sprach, können geradezu als prophetisch bezeichnet werden. Allerdings hat die von den meisten Medien verbreitete Zahl von 20.000 einen Beigeschmack, der manche an die Zeiten des DDR-Politbüros der 1980er-Jahre erinnern mag.

ZAHLENGABEN VERSCHIEDENER MEDIEN

Die **Polizei** nennt in einer Pressemitteilung vom 1. August 2020 folgende Zahlen: „Nach Schätzungen der Polizei schlossen sich bis zu 17.000 Menschen dem Demonstrationzug an, der sich seit dem Vormittag formierte. Rund 20.000 waren es danach bei der Kundgebung.“

ARD vom 2. August 2020: „An dem Aufzug beteiligten sich nach Angaben der Polizei in Spitzenzeiten bis zu 20.000 Teilnehmer.“

ZDF vom 1. August 2020: „Laut Polizei kamen aber bis zu 20.000 Menschen zusammen.“

Dlf vom 1. August 2020: „Die Polizei zählte rund 15.000 Teilnehmer.“

Dlf-Kultur „Studio 9 Kompakt“ vom 1. August 2020, ab 17:05 Uhr: „Also über 50.000 Teilnehmer und mehr könnten es schon gewesen sein.“

Berliner **Tagesspiegel** vom 1. August 2020: „Am Abend spricht die Polizei von 20.000 Demonstranten.“

Spiegel-Online vom 1. August 2020: „Trotz steigender Infektionszahlen demonstrierten in Berlin zuvor in der Spitze laut

Polizei rund 17.000 Menschen gegen die Corona-Politik der Bundesregierung.“

taz vom 1. August 2020: „Aufgrund 20.000 schätzten Medien, auf 17.000 die Polizei die Zahl der Menschen, die gekommen waren.“

ZEIT vom 1.8.20 August 2020: „20.000 Menschen haben laut Polizei gegen die Pandemie-Schutzmaßnahmen protestiert.“

FAZIT

Die genannten Medien berufen sich ausnahmslos auf die Schätzung der Polizei. Wie viele Journalisten waren vor Ort? Meine weiteren Recherchen ab dem 4. August ergaben, dass es zwar Abweichungen von der polizeilichen Schätzung gab, diese aber nicht öffentlich diskutiert wurden.

Die Polizei wiederum erklärt an keiner Stelle, auf welcher Grundlage ihre Schätzung beruht. Dafür müsste sie die Zeit, den Ort und die Methode angeben, das heißt, wann, wo, wie und von wem geschätzt wurde. Waren es eine oder mehrere Personen? Idealerweise nehmen in solchen Fällen mehrere Teams unabhängig voneinander ihre Schätzung vor.

Folgende Fragen sind zu beantworten: Aus welcher Quelle stammt Ihre Zahlenangabe? Haben Sie überprüft, wie diese Schätzung zustande gekommen ist? War ein Journalist ihres Hauses vor Ort? Wenn ja, wo war dieser und wie lange war er anwesend? Auf welcher Grundlage beruht dessen Schätzung?

FAKTCHECK DER FAKTENFINDER

Mindestens zwei unterschiedliche Herangehensweisen der Faktenchecker sind feststellbar.

taz-Check vom 2. August 2020

„Wäre eine Menge von einer Million Menschen zwischen Brandenburger Tor und Siegessäule denkbar?“

Nicht nur der *taz* dient ein Foto der Straße des 17. Juni zwischen Brandenburger Tor und Siegessäule als Grundlage ihres Checks. Ein Mangel ist, dass nicht gesagt ist, wann das Foto entstand. Ein grundlegender Fehler ist es, davon auszugehen, dass auf dem Foto alle Demonstrierenden zu sehen seien. Das ist aber nicht der Fall, da der Demonstrationzug mit einer Länge von fast fünf bis sechs Kilometern nie vollständig an der Straße des 17. Juni ankam. Es müssten daher Luftaufnahmen, zum Beispiel um 15:00 oder um 16:00 Uhr, vom 1. August ausgewertet werden, die den gesamten Demonstrationsverlauf

von der Siegessäule bis zum Scheunenviertel erfassen.

ARD-Check vom 2. August 2020 (Patrick Gensing, ARD-faktenfinder)

„Reporterinnen und Reporter berichten dem ARD-faktenfinder hingegen, sie halten die Angaben der Polizei für realistisch, einige gehen von einer etwas höheren Zahlen aus. Keinesfalls seien es aber deutlich mehr gewesen, geschweige denn Hunderttausende Menschen oder sogar mehr als eine Million.“

„RBB-Reporter Olaf Sundermeyer [...] war den ganzen Tag rund um die Proteste unterwegs. Am Vormittag [...] habe er den Demonstrationzug einmal an sich vorbeilaufen lassen und dabei überschlagen, wie viele Menschen ungefähr dabei gewesen seien. Seine Schätzung: etwa 12.000. [...] Auf der Straße zum 17. Juni seien es dann gut 20.000 gewesen, möglicherweise etwas mehr, sagt Sundermeyer.“

Dieser Check lässt folgende Fragen offen:

Wer waren die Reporterinnen und Reporter vor Ort? Es wird nur ein Name genannt. Das ist zu wenig, wenn der Plural verwendet wird.

Auch beim Statement von Sundermeyer bleiben wesentliche Fragen offen: Wann war der RBB-Reporter an welcher Stelle? Wo und wann hat er den Demonstrationzug einmal an sich vorbeilaufen lassen? Wie lange dauerte dies? Auf welcher Zählweise basiert seine Schätzung?

ZUR METHODIK MEINER EINSCHÄTZUNG

Damit meine Beobachtungen nachvollziehbar und überprüfbar sind, beschreibe ich im Folgenden meine Methodik. Damit soll verständlich werden, an welchen Orten ich wie lange war, und mit welcher Vorgehensweise ich versucht habe, mir einen Überblick der Gesamtlage zu verschaffen. Dadurch ist verständlich, was ich sehen konnte und was nicht. Aus wissenschaftlicher Sicht bin ich mir der Unzulänglichkeit und Subjektivität meiner Angaben bewusst. Aus journalistischer Sicht bin ich nur eine Quelle von vielen, daher wären Berichte vieler Zeitzeugen wünschenswert.

12:15 bis 14:00 Uhr, Torstraße bis Karl-Liebknechtstraße/Spandauerstraße

Bei meiner Ankunft um 12:15 Uhr standen an der Ecke Tucholskystraße/Torstraße etwa 30 bis 40 Gegen-Demonstranten, die so etwas wie „Nazis raus“ skandierten. Polizeibeamte und eine Absperrung blockierten den Durchgang zur Torstraße, daher ging ich zurück zur Liniestraße und über die nächste Querstraße, die Kleine Hamburger Straße, auf die Torstraße. Von dort begleite-

te ich den Zug — mal schneller und mal langsamer gehend — bis dieser am Rosenthaler Platz nach rechts in die Rosenthaler Straße abbog. Vor der Ecke zur Gipsstraße blieb ich zum ersten Mal bei einem Café stehen. Am Straßenrand auf einer Bank sitzend, konnte ich einen Espresso trinkend circa 20 Minuten die Vorbeiziehenden sehr gut beobachten und schätzte in mehreren Stichproben zwischen 10 und 15 passierende Personen pro Sekunde.

Dann begleitete ich den Zug die Weinmeister- und die Münzstraße hinunter. Dort bog ich nach rechts in die Rochstraße ab und gelangte so — den Weg des Zuges abkürzend — über die Dircksenstraße zur Karl-Liebknechtstraße, die Bundesstraße 2. Teils auf der Straße und teils auf dem Bürgersteig spazierte ich bis zur Spandauerstraße und verweilte dort etwa 10 Minuten. Hier war die Straße breiter, und die geschätzte Personenzahl lag bei 20 bis 40 Personen pro Sekunde.

Das Geschehen auf der Straße bezüglich der Demonstrierenden unterschied sich auf diesem Teil der Strecke kaum von dem auf den Bürgersteigen, auf denen Einkäufer und Touristen liefen. An der Weinmeister- und Münzstraße sind viele Geschäfte und Cafés und auf der Karl-Liebknechtstraße wandelten Touristengruppen zwischen gut besuchten Restaurants. Maskenträger waren auf der Straße und den zugehörigen Bürgersteigen eine verschwindend kleine Minderheit und einen Abstand von 1,50 Meter zu halten, war für mich nur dann ein Problem, wenn von vorn eine Gruppe auf mich zukam.

14:10 Uhr, Ende des Demonstrationzuges in Höhe der Torstraße/Friedrichstraße

Da ich eine dringende Arbeit zu erledigen hatte, ging ich gegen 14:00 Uhr über die Spandauerstraße zum Parkplatz meines Autos. Ein Querens der Torstraße über die Ackerstraße war wegen des Demonstrationzuges nicht möglich. Also drehte ich um und fuhr über die Auguststraße und die Oranienburgerstraße in die Friedrichstraße, wo ich die Torstraße passieren konnte. Ein Abbiegen nach rechts war hier nicht möglich, denn es war noch das Ende des Demonstrationzuges sichtbar.

14:45 bis 16:15 Uhr, Dorotheenstraße bis Straße des 17. Juni

Ab etwa 14:45 Uhr kam ich, von der Luisenstraße aus, zurück in den Bereich des Demonstrationzuges, der von Unter den Linden über die Wilhelmstraße in die Dorotheenstraße bog. Ich begleitete diesen bis zur Scheide-mannstraße. Am Reichstag stellten Polizeibeamte gerade

bei einer etwa zehnköpfigen, schwarz gekleideten Gruppe die Personalien fest. Möglicherweise handelte es sich um Mitglieder der Antifa — alle mit dem in diesen Kreisen traditionell üblichen Mundschutz. Im Park gegenüber befindet sich das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas. Hier fand eine weitere Gegen-Demo mit etwa 40 bis 50 Personen statt. Auch hier schrieten Gegen-Demonstranten Parolen, die Demonstrationsteilnehmerinnen immer mal wieder mit „Nazis raus“ beantworteten. Viele trugen übrigens Plakate mit einem Porträt Höckes und der Aufschrift „Kein Platz für die AfD“.

Durch den Park gelangte ich zur Straße des 17. Juni, wo der Demonstrationszug bereits bis zum Großen Stern, der Siegessäule, gekommen war. Vorbei am sowjetischen Ehrenmal, das ich erstmals aus der Nähe und in Ruhe betrachten konnte, ging es bis zur Yitzhak-Rabin-Straße. Dort leitete die Polizei den Zug nach rechts ab, mit der Begründung: Die Straße des 17. Juni sei bereits zu voll. Durch die Wege im Park zog der Menschenstrom dann parallel zur Scheidemannstraße und John-Foster-Allee. Dann ging es nach links auf Wegen bis zur Straße des 17. Juni. Im Nachhinein ist mir unverständlich, was diese Ableitung bringen sollte, wenn doch alle letztlich diesen Straßenabschnitt erreichten.

Da mich interessierte, wie viele Menschen noch unterwegs waren, ging ich etwa um 15:00 Uhr in die gegenläufige Richtung zurück zur Yitzhak-Rabin-Straße. Ohne Unterbrechung kamen mir die Demonstrierenden in einem nicht endenden Strom — durchaus mit Abstand zwischen kleinen Grüppchen von 3 bis 6 Personen — entgegen. Ich ging daher weiter über die Scheidemannstraße bis zum Friedrich-Ebert Platz. Hier waren nur noch wenige Demonstranten zu sehen, denn die Polizei hatte auch die Dorotheenstraße gesperrt und den Zug umgeleitet. Die Menschenmenge drängte sich nun durch die Wilhelmstraße bis zur Marschallbrücke.

Auf meiner Spreeseite gingen zwar noch Demonstrierende, aber auch hier hatte die Polizei gerade den Durchgang an der Brücke blockiert. Dadurch drückte sich die Menschenmenge über die Marschallbrücke, und nahm den Fußweg auf der rechten Spreeseite, dem Berliner Mauerweg. Diese Stelle ist ein Engpass, rechts befindet sich eine schräg ansteigende Betonfläche und links das Wasser. Das war keine gute Idee der Polizei. Aber die Menschen waren glücklicherweise so entspannt, dass selbst hier kein Problem entstand. Von der Marschall-

brücke bis zur Kronprinzenbrücke ist der Spreebogen gut zu überblicken, und die Demonstrierenden auf beiden Seiten konnten sehr gut die Menge auf der jeweils anderen Seite erkennen, was immer wieder zu freundlichem Jubel und Winken führte.

An dieser Stelle kam gegen 15:35 Uhr die Durchsage, dass die Demonstration aufgelöst sei. Wie löst man eine derartige Menschenmenge auf? Wohin sollten die Zigttausenden an dieser Stelle?

Von Unter den Linden drängte ein nicht enden wollender Strom über die Marschallbrücke und den Fußweg an der Spree hin zur Fußgängerbrücke. Kleinere Gruppen, denen dieser Weg zu schmal und zu voll war, begaben sich über die Luisenstraße und die Margarete-Steffin-Straße zur Kronprinzenbrücke. Zwischen Bundeskanzleramt und Paul-Löbe-Haus vereinten sich die Ströme auf ihrem Weg zur Straße des 17. Juni. Etwa eine Viertelstunde stand ich auf der Kronprinzenbrücke und genoss dieses friedliche Schauspiel. Ein Ende war nicht absehbar, aber da ich nachmittags Termine hatte, musste ich gegen 16:15 Uhr aufbrechen.

DEMONSTRATION IN BERLIN AM 1. AUGUST 2020

20.000 BIS 1.300.000 ? – SUCHE NACH ANTWORTEN

Die polizeiliche Schätzung von 20.000 Demonstrierenden dominierte die Berichterstattung, während die Veranstalter eine Anzahl zwischen 800.000 und 1,3 Millionen behaupteten. Als teilnehmender Beobachter des Demonstrationszuges zwischen Torstraße und Siegessäule war mein am 2. August notierter persönlicher Eindruck, dass es mehrere „Hunderttausend im oberen Bereich“ gewesen sein können. Wegen dieser recht große Diskrepanz zwischen eigener Wahrnehmung und polizeilicher Annahme sowie die darauf basierende Berichterstattung in den meisten Medien, richtete ich meine Fragen an den Polizeipräsidenten von Berlin und die jeweilige Stelle für Pressekontakte/Unternehmenskommunikation von acht Medien.

Derzeit gibt es in einem Spektrum mit vielen Schattierungen zwei konträre Szenarien bei der Beurteilung von SARS-CoV-2 in Deutschland.

- A. Wir befinden uns mitten in einer Pandemie, es besteht die Gefahr einer zweiten Welle.
- B. Covid-19 ist in Deutschland überstanden, eine zweite Welle nicht zu befürchten.

Wäre eine Teilnehmerzahl von mehreren Hunderttausend richtig, dann müssten die Anhänger von Szenario A höchstes Interesse an der Feststellung einer korrekten Schätzung haben, denn bei einer Inkubationszeit von 5 bis 14 Tagen wäre zwischen Freitag, dem 7., und Sonntag, dem 16. August, die Anzahl der Infizierten deutlich angestiegen – und das Deutschlandweit, da die Teilnehmer aus vielen Bundesländern kamen.

Die Demonstration könnte auch anders betrachtet werden: als unbeabsichtigtes Experiment (Szenario B). Sollten es Hunderttausende gewesen sein und wurden die „Hygieneregeln“ nicht eingehalten, dann würde das Ausbleiben steigender Infizierten-Zahlen ein Hinweis darauf sein, dass diese Art von Zusammenkünften unter freiem Himmel kein erhöhtes Ansteckungsrisiko beinhaltet.

Welchem Szenario auch gefolgt wird, in beiden Fäl-

len bestand ab dem 2. August starkes öffentliches Interesse an einer genauen Feststellung der Anzahl der Demonstrierenden.

I. DIE POLIZEI UNTERSCHIEDET ZWEI VERSAMMLUNGEN – UND ZÄHLT NUR EINE

Der Stab des Polizeipräsidenten Berlins spricht in seinem Schreiben vom 10. August 2020 zum einen von der Versammlung „Das Ende der Pandemie: Tag der Freiheit“ auf der Straße des 17. Juni, die mit 20.000 Personen geschätzt wurde, und zum anderen von einem „Aufzug Versammlung für die Freiheit“, zu dem keine Zahlen vorliegen, „da dieser bereits vor 15 Uhr von der Versammlungsleitung beendet wurde, noch bevor dieser seinen Endpunkt erreichte.“ (siehe Anhang) Damit war der Demonstrationszug („Aufzug“) – per definitionem – keiner mehr, sondern lediglich eine (in Richtung Straße des 17. Juni ?) strömende Menschenmenge.

Dieser „Aufzug“ bewegte sich vom Brandenburger Tor aus über eine Gesamtroute von etwa acht bis neun Kilometern und so war auf der Straße des 17. Juni zum Zeitpunkt der Schätzung der Anzahl Demonstrierender („Versammlung“) – etwa zwischen 15.00 und 16.00 Uhr – erst ein geringer Teil eingetroffen. Kurz vor 15.00 Uhr wurde die Straße des 17. Juni von Einsatzwagen der Polizei abgesperrt und der Demonstrationszug über die Yitzhak-Rabin-Straße in den Großen Tiergarten (Park links und rechts neben der Straße des 17. Juni) umgeleitet.

Die Anfrage wurde von der Polizei systematisch bearbeitet, und auf alle Fragen liegen Antworten vor. Die Fragen 2 bis 4 können nur als allgemein beantwortet gelten, denn es wurde nicht im Detail offengelegt, auf welcher Vorgehensweise die Schätzung beruht. Dafür wären die Zeit, der Ort und die Methodik anzugeben, d. h. wann, wo, wie und von wie viel Personen jeweils geschätzt wurde und dann die Zwischenergebnisse addiert wurden.

RESULTAT: Die Schätzung von 20.000 Teilnehmern der „Versammlung“ auf der Straße des 17. Juni ist – im wissenschaftlichen Sinne – nicht prüfbar. Der „Aufzug“ mit der Hauptmasse der Demonstrierenden, endete zwi-

schen 14:00 und 15:00 Uhr und wurde dadurch nicht gezählt.

II. EIGENE SCHÄTZUNGEN DER MEDIEN?

Die befragten Medien folgten im Verlauf des 1. August der polizeilichen Schätzung, allerdings schwankten die Zahlen zwischen 15.000 und 20.000. Eine eigene Schätzung („50.000“ bzw. „50.000 und mehr“) inklusive des Bewegungsprofils des Journalisten teilte nur der Deutschlandfunk (dlf) mit. Alle anderen Medien beantworteten drei der gestellten Fragen nicht:

- Wie viele JournalistInnen ihres Hauses waren vor Ort?
- Wo waren diese und wie lange waren sie anwesend?
- Auf welcher Grundlage beruhen deren Schätzungen?

Der Journalist Sebastian Engelbrecht berichtet regelmäßig für den Deutschlandfunk von Demonstrationen und „diese Erfahrung hilft bei der Schätzung von Menschenmassen“. Er war zwischen etwa 14.00 und 16.30 auf dem Fahrrad unterwegs und bewegte sich im Bereich zwischen Unter den Linden in der Höhe des Pariser Platzes, dem Brandenburger Tor und der Straße des 17. Juni sowie der Parallelstraße, der John-Foster-Dulles Allee, weiterhin im Gebiet um den Bundestag und um das Kanzleramt mit Blick auf den Spreebogen. Das Redaktionsgebäude des Deutschlandradios befindet sich am Schiffbauerdamm, von wo für Engelbrecht auch später noch das Gelände um die Kronprinzenbrücke und die Konrad-Adenauer-Straße überblickbar war.

Engelbrecht kam live zu Wort. Zum einen in der Sendung „Studio 9 Kompakt“ von dlf-Kultur ab 17.05 und zum anderen in den „Informationen am Abend“ ab 18.05 Uhr. In der ersteren meinte er: „Also über 50.000 Teilnehmer und mehr könnten es schon gewesen sein.“ In der zweiten Sendung heißt es dann: „ich würde mal schätzen 50.000 Teilnehmer.“ Seine Schätzung bezog sich – wie er selbst sagte – auf den Bereich „vom Pariser Platz am Brandenburger Tor bis zur Siegestsäule“. Dort „war die Straße des 17. Juni gut gefüllt, wenn auch nicht völlig gefüllt.“

In den stündlichen Nachrichtensendungen des dlf war dann ab 19.00 Uhr von „20.000“ Demonstrierenden die Rede und auf der Internetseite hieß es am 1. August unter der Überschrift „Demonstration gegen Corona-Schutzregeln löst sich auf“: „Die Polizei zählte rund 15.000 Teilnehmer.“ Eine interne Diskussion der Redaktionen zu den unterschiedlichen Zahlen scheint es nicht gegeben zu haben.

Die Pressestellen der anderen öffentlich-rechtlichen Redaktionen (ARD, rbb, ZDF) antworteten, aber keiner der Kollegen war für ein kurzes Interview zu sprechen. Die ARD verwies auf die Redaktionen des rbb und des NDR. Der rbb erwiderte am 11. August: „*wir halten die fort-dauernde Diskussion [...] für müßig. Wir waren den ganzen Tag über mit mehreren Kolleg*innen im gesamten Veranstaltungsgebiet unterwegs, unsere Zahlenschätzungen beruhen auf deren Beobachtungen und den Angaben der Behörden. Aus unserer Sicht liegen die Fakten auf dem Tisch.*“ Aus den Äußerungen des ZDF erschließt sich nicht, ob die vor Ort anwesenden Journalistinnen eigene Schätzungen vornahmen.

Die Printmedien reagierten nur teilweise. Der SPIEGEL versicherte, dass die Redaktion „*auch in diesem Fall sorgfältig recherchiert hat. An unserer Berichterstattung halten wir fest; sie fußt auf mehreren, offiziellen Quellen.*“ Die Pressestellen der taz und der ZEIT bestätigten am 5. August, dass die Mail des Autors an die jeweilige Redaktion weitergeleitet wurde, allerdings blieben diese – trotz mehrfacher Nachfrage – unbeantwortet. Keine Rückmeldung gab es von der jeweiligen Pressestelle des Berliner Tagesspiegel, der FAZ und der SZ. Ein persönlicher Kontakt ergab, dass der Berliner Tagesspiegel mit drei Kollegen vor Ort gewesen war. In deren Berichten finden sich keine Ausführungen zu eigenen vor Ort durchgeführten Schätzungen der Anzahl Demonstrierender.

RESULTAT: Angaben zur Grundlage der Schätzung (Bewegungsprofil, Methodik) wurden nur vom Deutschlandfunk mitgeteilt. In allen anderen Fällen bleiben somit die Anzahl der anwesenden Journalisten, deren Bewegungsprofile (Zeit und Ort) sowie deren Methodik der Schätzung unklar.

III. DIE FAKTENCHECKS – EIN MANGEL UND EIN FEHLER

Die Faktenchecks von ARD (Patrick Gensing, 2.8.20), ZDF (Nils Metzger, 3.8.20), dpa (Cindy Riechau, 3.8.20), Berliner Tagesspiegel (Julius Betschka, 4.8.20), SZ (Philipp Bovermann, 3.8.20) und taz (No Name, 3.8.20) basieren auf Luftaufnahmen der Straße des 17. Juni. Laut n-tv vom 3. August zeigen diese Bilder „eines dpa-Fotografen zwischen 16 und 17 Uhr, dass sich der Protest auf ein Areal zwischen Brandenburger Tor und Siegestsäule beschränkt. [...] *Die Kundgebung füllte demnach eine halbe Stunde nach Beginn nur einen kleineren Teil der Straße des 17. Juni und endete weit vor der Siegestsäule, von wo aus die Bilder aufgenommen worden sind.*“

BERECHNUNG DER STRASSENFLÄCHE

Unter Verwendung eines Online-Tools (Mapchecking) kommen Tagesspiegel und taz zu dem Ergebnis, dass „der Straßenraum zwischen Brandenburger Tor und Siegessäule knapp 55.000 Quadratmeter“ beträgt. Die SZ erhält mit dem gleichen Tool „lediglich rund 37 000 Quadratmeter reine Straßenfläche“. In der Meldung von ARD und dpa wird zwar auf Mapchecking verwiesen, aber es wird keine Zahl errechnet. Da die ARD von „0,7 Menschen pro Quadratmeter“ und nicht „deutlich über 20.000 Menschen“ ausgeht, sind anscheinend etwa 28.570 Quadratmetern geschätzt worden. Der Faktencheck des ZDF nennt weder das Tool, noch wird die Straßenfläche geschätzt.

SCHÄTZUNG DER ANZAHL

Die taz stellt fest, „dass die Straße des 17. Juni keineswegs auf der gesamten Länge von 1,7 Kilometern dicht bevölkert ist. Im Gegenteil sind sehr große Lücken zu erkennen“, so dass „dort im Schnitt maximal ein Mensch auf vier Quadratmeter kommt. An vielen Ecken sind es sogar deutlich weniger.“ Bei 55.000 Quadratmetern ergäbe das 13.750 Anwesende „bei der Abschlusskundgebung.“ Laut ARD-faktenfinder waren es „selbst bei großzügigen Berechnungen nicht deutlich über 20.000 Menschen“, eine Behauptung die auf der Annahme von 0,7 Menschen pro Quadratmeter basiert. In der SZ wird von einer möglichen Obergrenze von „einer Person pro Quadratmeter“ und „folglich von [maximal] 80 000 Teilnehmern“ ausgegangen. Der Berliner Tagesspiegel kommt zu einer Obergrenze von „bis zu drei Personen pro Quadratmeter“. Dann „passen zwischen Siegessäule und Brandenburger Tor also rund 165.000 Menschen.“

Diese Berechnungen enthalten einen Mangel und einen grundlegenden Fehler.

Der MANGEL: Auf den Luftaufnahmen sind die unter den Bäumen stehenden Menschen im angrenzenden Park entlang der Straße des 17. Juni nicht zu sehen. Werden diese Flächen mitgezählt, dann könnte sich eine etwa 10 bis 40 % höhere Grundfläche für das Mapchecking ergeben.

Der FEHLER: Die Hauptmasse des „Aufzuges“ kam nie bis zur Straße des 17. Juni. Der laut Polizei kurz vor 15.00 aufgelöste Demonstrationzug erstreckte sich gegen 15.30 Uhr noch vom Scheunenviertel bis zur Yitzhak-Rabin-Straße und wurde bei der Schätzung nicht berücksichtigt. Damit erhöht sich die Grundfläche erheblich und das Mapchecking lässt deutlich höhere Teilnehmerzahlen zu.

SCHÄTZUNGEN ANWESENDER JOURNALISTEN – NICHT PRÜFBAR

Als weitere Begründungen werden z. B. vom ARD-faktenfinder (2.8.20) die anwesenden „Reporterinnen und Reporter“ zitiert. Diese berichteten, dass sie „die Angaben der Polizei für realistisch [halten], einige gehen von einer etwas höheren Zahlen [sic] aus. Keinesfalls seien es aber deutlich mehr gewesen, geschweige denn Hunderttausende Menschen oder sogar mehr als eine Million.“ Im vorhergehenden Abschnitt II wurde mehr oder weniger erfolgreich versucht die Fragen, was die Reporter, wo und wann gesehen bzw. mit welcher Methode geschätzt haben, im Zusammenwirken mit den Medien zu beantworten.

Weiterhin verweist der ARD-faktenfinder auf den „rbb-Reporter Olaf Sundermeyer“, der „den ganzen Tag rund um die Proteste unterwegs [war]. Am Vormittag [...] habe er den Demonstrationzug einmal an sich vorbeilaufen lassen und dabei überschlagen, wie viele Menschen ungefähr dabei gewesen seien.“ Der Demonstrationzug begann offiziell ab 11.00 und setzte sich real etwa um 11.40 Richtung Friedrichstraße in Bewegung. Der Vormittag endet – nach gängiger Definition – um 12.00. Das Ende des Demonstrationzuges befand sich gegen 14.00 Friedrichstraße/Ecke Torstraße. Entweder endet der Vormittag bei Sundermeyer erst gegen 14.00 oder er hat den Demonstrationzug nicht „einmal an sich vorbeilaufen lassen“. Möglicherweise ist diese Formulierung auch missverständlich und der Journalist meinte damit, dass er an einer Stelle verharrend eine Schätzung vorgenommen hat. Dann wäre Folgendes zu beantworten:

- Wann war der rbb-Reporter an welcher Stelle?
- Wo und wann hat er den „Demonstrationzug einmal an sich vorbeilaufen lassen“?
- Wie lange dauerte dies?
- Auf welcher Zählweise basiert seine Schätzung?

Diese Fragen wurden dem rbb geschickt und nicht beantwortet. Auch Olaf Sundermeyer stand für kein Telefonat oder Gespräch zur Verfügung.

VIDEOAUFNAHMEN DES DEMONSTRATIONSZUGES – NICHT BENANNT

Erwähnt wurde vom ZDF (Mail 10.8.20) auch eine weitere Methode, „die von anderen Verifikationsportalen angewandt wurde, anhand von Videoaufnahmen die Länge des Demonstrationzuges zu messen (wie viele Personen pro Zeiteinheit vorbeilaufen).“

Während ansonsten in den Antwort-Mails entspre-

chende Links enthalten sind, war das bei diesem Punkt nicht der Fall. Bisher kennt der Autor nur das Video einer fest installierten Kamera, die leider nur im Zeitraffer den Demonstrationszug zeigt.

Möglicherweise ist die Polizei Berlin im Besitz von Aufnahmen, da laut ZDF-Check (3.8.20) die *„Teilnehmerzahlen von Großveranstaltungen [...] mittels Luftaufnahmen erfasst [werden]. Die Aufnahmen entstehen durch einen Hubschrauber der Polizei und werden direkt an den Führungsstab des jeweiligen Einsatzes übermittelt. Die Aufnahmen dürfen nicht gespeichert oder herausgegeben werden, sondern werden unmittelbar auf Basis von Karten des Gebiets ausgewertet.“* Aufklärung wäre also möglich, ist allerdings wenig wahrscheinlich, da von dieser Seite die Zahl von „20.000“ propagiert wurde.

RESULTAT:

- Die Faktenchecks basieren auf der falschen Annahme, dass alle Demonstrierenden die Straße des 17. Juni erreichten und somit auf einem Luftbild, das zwischen 16.00 und 17.00 Uhr aufgenommen worden sein soll, zu sehen seien.
- Die Hauptmasse der Demonstrierenden des „Aufzuges“, die sich außerhalb des Fotos befanden, wurde nicht berücksichtigt.
- Die Schätzungen der anwesenden Kollegen und ihre Bewegungsprofile sind mit einer Ausnahme nicht prüfbar, da Interviews und Telefonate von diesen abgelehnt wurden.

IV. WAS SAGEN DIE VERANSTALTER?

Am 1. August fanden in Berlin eine ganze Reihe von Versammlungen statt. Die beiden wichtigsten waren die Versammlung auf der Straße des 17. Juni *„Das Ende der Pandemie: Tag der Freiheit“* und der *„Aufzug Versammlung für die Freiheit“*. Die erstere war von *„Querdenken-711“* organisiert und die andere von der *„Bewegung Leipzig“*. Die Hauptkundgebung des Tages war, was die Anzahl Demonstrierender betrifft, der *„Aufzug“* durch die Berliner Innenstadt. In der ExoMagazin.TV-Sendung vom 5. August kommen in einem Interview mit Robert Fleischer die beiden Veranstalter, Nadine Müller und Nils Wehner, zu Wort. (ab 5:14)

Der Demonstrationszug startete, begleitet von 14 LKWs, mit etwa 40 Minuten Verspätung gegen 11.40 Uhr zu einem neun Kilometer langen Rundgang durch die Berliner Innenstadt. Auf einem Stadtplan erläutern die Veranstalter, dass das Ende des Zuges in der Friedrich-

straße kurz vor der Torstraße war, als der Anfang des Zuges die Straße Unter den Linden in Höhe der Friedrichstraße erreichte: *„Wir wären fast in einem geschlossenen Kreis gelaufen.“* (ab 9:30)

Was die Auflösung des „Aufzuges“ betrifft, kommen sie zu folgendem Ergebnis. *„Kurz nach 14.00 erreichen die ersten Demonstranten wieder das Brandenburger Tor.“* (ab 9:35) *„An der Stelle herrschte wirklich ein totales Chaos, auch von Seiten der Polizei, die zu uns gesagt hat, ‚ok, Ihr könnt die Versammlung beenden‘ und als wir das machen wollten, haben die gesagt ‚Nee, Moment, Ihr könnt die Versammlung doch nicht beenden‘. Und als wir das machen wollten, haben sie noch mal gesagt, wir können sie beenden.“* (ab 9:44) *„Es war ein ständiges Hin und Her zwischen die Versammlung ist beendet, offiziell, regulär, und ist nicht beendet, weil ja noch 13 LKWs unterwegs waren und Tausende von Menschen fehlten. Die waren ja immer noch auf dem Umzug.“* (ab 10:00) *„Ich kann nicht direkt sagen, wann es offiziell beendet wurde. Ich glaube in den Unterlagen steht schon 14.05 Uhr. Was ich sagen kann, es wurde niemals aufgelöst. Es hat ein reguläres Ende stattgefunden.“* (ab 10:12)

In einem Video von [NuoViso.tv](https://www.nuoviso.tv) ist in der Höhe Yitzhak-Rabin-Straße die Stimme eines Polizeisprechers zu hören: *„Der Zuzug zur Straße des 17. Juni ist zur Zeit nicht mehr möglich, da der Bereich komplett überfüllt ist und aus Sicherheitsgründen können wir hier keine Person mehr durchlassen.“* (ab 11:12) Die Demonstrierenden wurden nach rechts in die Yitzhak-Rabin-Straße abgeleitet und von dort aus weiter in den Park zwischen der Straße des 17. Juni und der John-Foster-Dulles-Allee. Auf dem dpa-Foto, das z. B. vom ARD-Faktenfinder verwendet wird, ist im oberen Bereich die Absperrung der Polizeiwagen in Höhe der Yitzhak-Rabin-Straße sichtbar.

Nils Wehner identifiziert am linken Rand dieser Aufnahme, knapp vor den Polizeiwagen Richtung Brandenburger Tor, den Wagen 2 des Demonstrationszuges *„mit den orangen Ballons“*. Nadine Müller meint: *„Da Wagen 1 um 14.05 Uhr ankam und da zwischen Wagen 1 und 2 etwa 3,8 Kilometer Menschen gelaufen sind, kann das nicht vor 15.00 gewesen sein.“* (ab 13:10) Und Nils sagt: *„Wenn man bedenkt, das ist Wagen 2, wir hatten 14 Wagen, hier fehlen noch 12 Wagen.“* (ab 13:18)

Robert Fleischer erwähnt im weiteren Verlauf die Beobachtung der *„Journalistenkollegin Sabine Helmbold“*, die auch bei der Kundgebung dabei war. *„Sie ist um 11.40 Uhr losgelaufen am Brandenburger Tor und war erst 16.00 bis 16.30 wieder am Ausgangspunkt angekommen.“* (ab 30:08)

RESULTAT:

- Der Demonstrationszug startete um 11.40 und die ersten Teilnehmer kamen 14.05 Uhr in der Straße des 17. Juni an. Zu diesem Zeitpunkt befand sich das Ende des Zuges noch in der Friedrichstraße.
- Die Demonstration wurde nicht aufgelöst, sondern endete regulär.
- Gegen 15.00 Uhr waren erst zwei von 14 Demonstrationswagen auf der Straße des 17. Juni eingetroffen.

WAS TUN? – EIN VORSCHLAG

Die Methoden der Erfassung und Berechnung müssen öffentlich und prüfbar sein. Ist dies nicht der Fall, dann verlagert sich eine konträre Diskussion über die Details der Methodik und der Zwischenergebnisse hin zu einem Glaubensdiskurs über das Ergebnis. Es scheint derzeit keine vom Staat unabhängige Institution zu geben, welche die Teilnehmerzahlen bei Demonstrationen und Kundgebungen nach den wissenschaftlichen Prinzipien der Neutralität und öffentlichen Prüfbarkeit schätzt. Das ist erstaunlich, denn Demonstrationen sind seit Jahrzehnten in Demokratien eine wesentliche Möglichkeit um Anliegen vorzutragen und öffentliche Diskussionen auszulösen. Benötigt werden daher unabhängige, gemeinnützige Organisationen, die bei Demonstrationen die Teilnehmerzahlen schätzen.

FAZIT

Es war im Nachhinein betrachtet ein Versäumnis der Veranstalter, dass keine eigene systematische Schätzung der Teilnehmerzahl gemeinsam mit unabhängigen Wissenschaftlern organisiert wurde.

Die Redaktionen der Medien müssen sich vorhalten lassen, dass von den berichtenden Journalisten anscheinend keine Bewegungsprofile mit Angaben zu Zeit und Ort dokumentiert wurden. Nur der Deutschlandfunk gab bereitwillig Auskunft.

Ein Manko von Politik und Medien ist es, dass bei derartigen Abweichungen keine konträre öffentliche Diskussion in Gang kommt. Das ist zwar kein neuer Trend, aber in diesem Fall möglicherweise ein Problem: Wenn Hunderttausende vor Ort waren, dann vervielfältigt sich deren Erfahrung nach ihrer Heimkehr. Meinungsbildung war noch nie eine ausschließliche Angelegenheit von Medien, immer war es auch die Mitteilung des persönlich Erlebten unter Freunden und Bekannten.

Der Staat ist – nach meiner Meinung – seit April 2020

in seinem Fürsorgeanspruch zu weit gegangen. Er kann im Bereich der Gesundheit (wie bisher) seinen Bürger ein Verhalten vorschlagen, muss aber dann darauf vertrauen, dass wir alle das Beste wollen. Was wir erlebt haben, war und ist etwas anderes. Ein Staat der seinen Bürgern nicht vertraut und diese stattdessen mit vorschnellen und dadurch häufig fehlerhaften Verordnungen zu regieren versucht, läuft Gefahr deren Vertrauen zu verlieren.

Das konstruktive gemeinnützige Wirken in diesem Staat war für mich allerdings noch nie eine Frage des Vertrauens, sondern der Zweckmäßigkeit. Während vieler Aufenthalte außerhalb Europas konnte ich erleben, welche Zustände unbedingt zu vermeiden sind.

ANHANG

Abschrift der Antworten vom 10. August 2020, auf meine Anfrage vom 4. August 2020

Die Antworten des Polizeipräsidenten Berlin

I. DIE POLIZEI UNTERSCHIEDET ZWEI VERSAMMLUNGEN

Die Polizei nannte in ihrer Pressemitteilung vom 1. August zwei Zahlen:

„Nach Schätzungen der Polizei schlossen sich bis zu 17 000 Menschen dem Demonstrationszug an, der sich seit dem Vormittag formierte. Rund 20 000 waren es danach bei der Kundgebung.“

Die sechs am 6. August gestellten Fragen wurden am 10. August 2020 vom Stab des Polizeipräsidenten Berlins beantwortet.

1. Zu welchem Zeitpunkt wurde die Anzahl der Demonstrierenden auf der Straße des 17. Juni geschätzt?

„Mit Zustrom sowie Aufbau und dann mit Beginn der Versammlung um 15.30 Uhr begannen die dafür eingesetzten Einsatzkräfte damit die Zahl der Teilnehmenden zu ermitteln. Die Ermittlung wurde bis zum Zeitpunkt der Beendigung der Versammlung fortgeführt.“

2. Fanden an der fast acht Kilometer langen Demonstrationsstrecke weitere Schätzungen statt? Wenn ja, wo und wann?

3. Wie und mit welchen technischen Hilfsmitteln wurde geschätzt?

4. Schätzte eine Person oder waren es mehrere Personen?
„Zu den Fragen 2. bis 4.“

Bei der Ermittlung von Teilnehmerzahlen öffentlicher Versammlungen und Veranstaltungen fließen grundsätzlich Erkenntnisse und Erfahrungen von Veranstaltungen und Versammlungen der Vergangenheit mit ein.

Die Teilnehmerzahlen der Versammlung auf der Straße des 17. Juni „Das Ende der Pandemie: Tag der Freiheit“ und der Strecke des Aufzuges „Versammlung für die Freiheit“, am 1. August 2020, wurde durch dazu eingeteilte Einsatzkräfte von ebenerdigen Standpunkten aus ermittelt. Aufgrund der Vielzahl von Veranstaltungen in den vergangenen Jahren an diesen Kundgebungsorten und Kundgebungsstrecken wurden zudem, mit Hilfe von Rasterkarten und öffentlich zugänglichen Aufnahmen, Berechnungen zu möglichen Auslastungen der Örtlichkeit durchgeführt.

Zur Erkennbarkeit der Auslastung der öffentlichen Flächen wurde am Einsatztag selbst, ein Hubschrauber eingesetzt, von dem aus Bilder an den Einsatzführungsstab direkt übertragen wurden. Dort erfolgte eine Gegenprüfung.“

5. Wo befand sich das Ende des Demonstrationszuges als die Polizei die Anzahl der Demonstrierenden auf der Straße des 17. Juni schätzte?

„Die Teilnehmenden der Versammlung „Das Ende der Pandemie: Tag der Freiheit“ hielten sich auf der Straße des 17. Juni zwischen der Yitzhak-Rabin-Straße und bis auf Höhe der Ahornallee des Großen Tiergartens auf. Zum Aufzug „Versammlung für die Freiheit“ kann keine Aussage getroffen werden, da dieser bereits vor 15 Uhr von der Versammlungsleitung beendet wurde, noch bevor dieser seinen Endpunkt erreichte.“

6. Wann wurde die Demonstration per Durchsage für beendet erklärt?“

„Die Versammlung „Das Ende der Pandemie: Tag der Freiheit“ auf der Straße des 17. Juni wurde um 16.52 Uhr durch die Polizei Berlin für beendet erklärt und die entsprechende Auflösungsverfügung verlesen.“

QUELLEN

ÖFFENTLICH-RECHTLICHE MEDIEN

ARD

Corona-Demo in Berlin. Protestiert, gestoppt, kritisiert, 2. August 2020 (02.08.2020)

www.tagesschau.de/inland/corona-demo-polizei-101.html

Nach Corona-Demo in Berlin. Fake News über Zahl der Teilnehmenden, 2. August 2020 (03.08.2020)

www.tagesschau.de/faktenfinder/corona-demo-berlin-109.html

Dlf

Dlf-Kultur, Studio 9 kompakt, 1. August 2020, 17.05 Uhr (06.08.2020)
www.ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2020/08/01/demo_gegen_corona_auflagen_in_berlin_abgebrochen_drk_20200801_1719_829c5fa7.mp3

Dlf, Informationen am Abend, 1. August 2020, 18.05 Uhr (06.08.2020)
www.ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2020/08/01/informationen_am_abend_01082020_komplette_sendung_dlf_20200801_1810_15e74283.mp3

Dlf, Berlin - Demonstration gegen Corona-Schutzregeln löst sich auf, 1.

August 2020 (03.08.20)

www.deutschlandfunk.de/berlin-demonstration-gegen-corona-schutzregeln-loest-sich.2932.de.html?drn:news_id=1157347

ZDF

Berlin. Tausende demonstrieren gegen Corona-Auflagen, 1. August 2020 (03.08.2020)

www.zdf.de/nachrichten/panorama/coronavirus-demonstrationen-berlin-100.html

Corona-Demo in Berlin. Stimmungsmache mit überhöhter Teilnehmerzahl, 3. August 2020 (09.08.2020)

www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-demonstration-teilnehmer-berlin-100.html

Dunja Hayali, 6. August 2020, ab 22:15 Uhr (06.08.2020)

www.presseportal.zdf.de/pressemitteilung/mitteilung/dunja-hayali-im-zdf-ueber-coronamassnahmen-und-proteste/

ZDFheute-Interview mit Dunja Hayali, Anfeindungen auf Corona-Demo „Mix an Menschen erschreckend“, 2. August 2020 (06.08.2020)

www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-hygienedemos-dunja-hayali-100.html

Faktencheck ZDFheute Nils Metzger, 3. August 2020 (09.08.2020)

www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-demonstration-teilnehmer-berlin-100.html

PRINTMEDIEN

Berliner Tagesspiegel

Corona-Demo in Berlin. Ohne Maske, ohne Respekt, ohne Scham, 1. August 2020 (01.08.2020)

www.tagesspiegel.de/politik/corona-demo-in-berlin-ohne-maske-ohne-respekt-ohne-scham/26058144.html

Wie viele Menschen waren beim Corona-Protest? Warum die Veranstalter der Demonstration Falschmeldungen verbreiten, 4. August 2020 (06.08.2020)

www.tagesspiegel.de/berlin/wie-viele-menschen-waren-beim-...alterder-demonstration-falschmeldungen-verbreiten/26061120.html

FAZ

ANTI-CORONA-DEMO IN BERLIN. „Es gibt keine Pandemie“, 1. August 2020 (09.08.20)

www.faz.net/aktuell/politik/inland/so-verlief-die-anti-corona-demonstration-in-berlin-16886349.html

VERFASSUNGSSCHUTZ. Wenige Rechtsextreme bei Corona-Demo, 8. August 2020 (09.08.20)

www.faz.net/aktuell/politik/inland/corona-demo-nur-einzelne-rechts-extreme-16894746.html

SPIEGEL

Corona-Proteste in Berlin. Polizei löst nach Demo auch Kundgebung auf, 1. August 2020 (01.08.2020)

www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/corona-demo-in-...undgebung-abgebrochen-a-87525e53-6338-455d-ba4b-c1c9b724c6a0

Süddeutsche Zeitung

Corona-Demonstration 17 000 - oder 1,3 Millionen?, 3. August 2020 (09.08.20)

www.sueddeutsche.de/politik/berlin-corona-demo-teilnehmer-zahlen-1.4987759

„Dunja Hayali“ über Anti-Corona-Demo. Zurück bleibt der Eindruck von Wut, 7. August 2020 (11.08.20)

www.sueddeutsche.de/medien/dunja-hayali-berlin-corona-demo-video-1.4991723

taz

Coronaproteste in Berlin. Dichtgedrängt gegen „Virokraten“, 2. August 2020 (03.08.20)

www.taz.de/Coronaproteste-in-Berlin/!5705179/

Streit um Teilnehmerzahlen. Die Polizei dürfte recht haben, 3. August 2020 (03.08.20)

www.taz.de/Streit-um-Teilnehmerzahlen/!5705203/

ZEIT-Online

Proteste gegen Corona-Maßnahmen. Polizei löst Corona-Kundgebung in Berlin vorzeitig auf, 1. August 2020 (03.08.20)

www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-08/anti-corona-demonstration-berlin-coronaleugner-querdenken-711-rechtsextremismus-abstandsregel

WEITERE

ExoMagazin.tv

Corona-Demo in Berlin - Berechtigte Kritik, 5. August 2020 (18.08.20)

www.youtube.com/watch?v=gFH2hopfopM

www.exomagazin.tv

n-TV

n-tv Faktencheck zur Corona-Demo. Mehr als eine Million Protestierende in Berlin?, 3. August 2020 (06.08.20)

www.n-tv.de/politik/Mehr-als-eine-Million-Protestierende-in-Berlin-article21949983.html

Rubikon

Im Gespräch mit Jens Lehrich: „Politik und Medien lügen zu Berlin!“ (Alexander Ehrlich und Thomas Kaden)

www.youtube.com/watch?v=QJ0tI1xaiPo, vom 3. August 2020 (18.8.20)

WEB.DE (auf diese Quelle hat der RBB verwiesen)

Warum unmöglich 1,3 Millionen in Berlin demonstriert haben können, ?. August 2020 (11.08.20)

www.web.de/magazine/news/coronavirus/corona-demo-berlin-faktencheck-warum-unmoeglich-millionen-demonstriert-haben-34949348

DAS ENDE EINER BAR EIN INTERVIEW MIT SÖREN POHLEN

WIE KAM ES ZUR GRÜNDUNG DEINER BAR?

Anfang des Jahres 2015 bin ich nach Berlin gekommen. Ich hatte schon während meines Studiums in der Gastronomie gearbeitet und war dann fast zehn Jahre in der Altenpflege tätig. Ich war immer begeistert von der Gastro und dieser besonderen Art der Nähe zu den Menschen. So ganz klassisch, du kommst an die Theke und redest mit dem Barkeeper: „Was ist so los in der Stadt.“ Manche erzählen dann auch von eigenen Problemen.

»Es war ein sehr gesunder Betrieb. Meine Bar war mein Baby.«

Als ich noch in Marburg und Giessen lebte, war ich angestellt. Irgendwann dachte ich, das kann ich auch allein schaffen – ich wollte mein eigener Chef sein. Zwei meiner Brüder studierten damals in Berlin und einen ihrer Freunde bat ich: „Guck doch mal, ob du was findest.“ Einige Tage später hat er mich angerufen, er hätte da was, ich soll doch mal vorbeikommen. Am Wochenende bin ich dann nach Berlin gefahren und habe mir die Bar angesehen. Der Vorpächter war etwas eigenartig und ich konnte die Räume immer nur abends besichtigen. Es war Winter und es war dunkel. Natürlich war zu sehen, dass da einiges zu machen sein würde, aber ich dachte, das ist alles ausbaufähig. „Mit kleinen Mitteln“ dachte ich damals.

Nachdem der Vorpächter zwischenzeitlich abgetaucht war, habe ich im März 2015 mit meinem damaligen Kompagnon die Bar übernommen, der dann wiederum im Mai 2016 ausgestiegen ist. Nach der Übernahme der Räume hatten wir festgestellt, dass es vor allem im unteren Geschoss der Bar erhebliche Schäden gab. Es war feucht, ranzig und versifft, alles voller Schimmel. Die Wand war durchnässt und so begannen die ungeplanten Arbeiten: Wand trocken legen, Heizung einbauen, Elektrik unter Putz installieren, neuer Bodenaufbau im Keller, neue Toiletten usw. An den Sanierungskosten hat sich der Vermieter nicht beteiligt, das war alles von mir zu stem-

men. Dazu kamen dann noch die Kosten für die Inneneinrichtung, es fehlte alles: Gläser, Kühlanlage, Kaffeemaschine, Mixer etc. Es war ein Endlosprojekt. Ab 2015 bis 2019 wurde während des laufenden Betriebs permanent renoviert und so hatte ich bis Jahresende 2019 in den Umbau etwa 240.000 € investiert; bei 129 qm sind das etwa 1.860 € pro qm.

WIE WAR DEINE WIRTSCHAFTLICHE SITUATION BIS FEBRUAR 2020?

Den Betrag von 240.000 € habe ich im laufenden Betrieb erwirtschaftet und kein Darlehen aufgenommen. Ich stand sehr gut da. Es war ein durch und durch gesunder Betrieb. Meine Bar war mein Baby, ich habe keine Kinder. Nach meiner Meinung war es eine der schönsten Bars in Berlin. Das Feedback war damals durchgängig positiv: „Das Interieur und die Musik sind toll. Man fühlt sich wie zuhause, wie bei Oma oder wie im Wohnzimmer. Es ist immer gemütlich und macht Spaß.“ Die Leute kamen durch Mundpropaganda, ich habe kaum etwas auf social media gemacht.

WIE WAR DEINE REAKTION IM MÄRZ 2020 ALS DU ERSTMALS SCHLIESSEN MUSSTEST?

Schon im Januar und Februar 2020 waren es weniger Gäste. Bei den ersten Gerüchten habe ich noch abgewunken, doch dann wurde ich sehr schnell eines besseren belehrt: Die Bar war zu. Noch eine Woche vorher hatten die Minister Altmaier und Spahn davon gesprochen, dass ein LockDown nicht geplant sei, das seien Fakenews: „Die Regierung habe nicht vor irgendwas zu schliessen.“ Am Mai 2020 konnte ich dann wieder öffnen, doch es gab Kontaktbeschränkungen und jede Woche neue Verordnungen, neue Einschränkungen. Anfang Oktober 2020 kam erst die Sperrstunde und dann das Alkoholverbot. Ständig gab es neue Auflagen, die Nachverfolgung, Automaten mit Desinfektionsmittel, Tische reduzieren und umstellen. Alle Zusatzkosten, z. B. Kopien, Desinfektionsmittel, waren von mir zu bezahlen.

Ich hatte dauernd Kontrollen vom Ordnungsamt, teilweise mit sieben bis acht Leuten. Es kam sogar einmal die Bundespolizei am Wochenende. Die Herren vom Ord-

nungsamt kamen und haben, ohne sich auszuweisen, die ausliegenden Anwesenheitslisten angesehen und kontrolliert, wer, wo sitzt. Ich meinte, sie können da nicht einfach hingehen, worauf sie antworteten: „Doch können wir.“ Das war schon mehr als arrogant, und gibt es nicht auch einen Datenschutz?

Die Vorschriften wurden immer mehr und wechselten ständig. So war z. B. im Sommer 2020 die Bar wieder auf. Solange die Leute am Tresen saßen, durfte die Maske abgenommen werden, sobald sie dort aufstanden, mussten sie diese wieder anlegen. Wenn du sitzt, bist du sicher vor dem Virus, und wenn du aufstehst, nicht mehr? Das ist doch völlig irre. Was war bei der ganzen Herangehensweise der Regierenden und Behörden noch verhältnismäßig?

Es hat einfach keinen Spaß mehr gemacht, wenn du jeden Tag Angst haben musst, dass wieder eine Kontrolle kommt. Wer konnte all die Verordnungen noch einhalten, da sie ständig wechselten und so ungenau waren, dass immer irgendetwas von den Behördenvertretern als Fehler behauptbar war? Meine Angestellten mussten permanent mit Maske herumlaufen; pro Schicht sechs bis acht Stunden.

WANN HAST DU REALISIERT, DASS DU RUINIERT BIST?

Spätestens beim 2. LockDown. Ich hatte als Einzelkläger gegen die Sperrstunde geklagt und habe gewonnen. Es gab noch elf weitere Kläger in Berlin. Was von uns vergessen wurde, weil wir nicht dachten, dass die Regierenden so widerlich sein würden, war das Alkoholverbot. Zuerst war noch Außerhausverkauf möglich. Es hieß: „*Macht Outdoor weiter*“. Das wurde beworben, also wieder neue Investitionen: Ich habe Strom verlegen lassen sowie einen elektrischen Heizpils und ein Zelt gekauft. Das war Mitte Oktober, also zwei Wochen bevor der neue Lockdown am 2. November kam. Und das sollen die Politiker nicht gewusst haben?

Ich habe damals Glühwein verkauft. Da ging es dann los: „*Der böse Glühweinstand. Die Leute stehen immer davor. Clusterbildung.*“ Da wusste ich: „*Jetzt geht es nicht mehr lange gut.*“ Dann wurde auch diese letzte Umsatzmöglichkeit im Dezember verboten. Da war mir klar, jetzt geht nichts mehr. Ich habe damals schon gesagt, das geht mindestens bis Ostern so weiter. Und dann erfinden sie noch mal was Neues und die Deutschen werden es wieder mitmachen. Am Ende zahlen wir Steuerzahler all die hundert von Milliarden, die gerade sinnlos verblasen werden.

WIE WAR DAS FÜR DICH PERSÖNLICH? WELCHE KONSEQUENZEN HAT DAS FÜR DICH?

Die Erkenntnis „das wars“, es gibt kein zurück mehr. Das war sehr traurig. Selbst wenn die Hilfen für November und Dezember 2020 kommen sollten, ist es zu spät. Mir fehlen in den letzten zwölf Monaten geschätzt 350.000 bis 500.000 € Umsatz. Das kann ich nicht auffangen.

Ich bin nur noch selten in meine Bar gegangen. Es hat mich immer mit einer tiefen Trauer erfüllt. Heute ist Freitag oder Samstag und es wäre schon die Hölle los: Reservierungen, an den Tischen junge und alte Leute. Ich hatte ein Super-Team. Es hat Spaß gemacht und jetzt diese Traurigkeit, diese Mutlosigkeit – du kannst nichts machen.

Mein Konto war schon zu Beginn des 2. Lockdown leer. Ich hatte vier Monate gar nichts und habe bei Freunden gelebt. Keine Einnahmen. Ich habe noch ein bis zwei Freunde, der Rest ist weg. Meine wirtschaftliche Existenz wurde komplett vernichtet. Im Oktober 2020 hieß es die Auszahlungen würden „unbürokratisch und schnell“ sein. Es dauert jetzt schon fünf Monate und die Hilfen sind bei mir immer noch nicht angekommen. Was hier mit mir und vielen anderen gemacht wird, ist unerträglich.

WELCHE POLITISCHE HALTUNG HATTEST DU BIS MÄRZ 2020? GIBT ES EINE PARTEI, DIE DU BEVORZUGT BZW. GEWÄHLT HAST?

Ich war früher SPD-Stammwähler: Meine Helden sind Willy Brandt und Helmut Schmidt. Das waren für mich noch Politiker. Bei der letzten Wahl habe ich FDP gewählt. Leider auch ein Fehler, ich dachte, die bewegen noch irgendwas. Ich würde mich selbst als libertär-links bezeichnen. Klipp und klar. Also auf Boden der Verfassung. Für mich das Grundgesetz die Basis. Die Grundrechte sind uns garantiert und nicht etwa netterweise von den Regierenden geliehen oder zugestanden.

DU HAST MEHRFACH VERSUCHT AUF DEINE SITUATION AUFMERKSAM ZU MACHEN, WIE WAREN DEINE ERFAHRUNGEN MIT DEN MEDIEN?

Die waren immer negativ. Ich hatte auch verschiedene Abgeordnete per Mail angesprochen und da kam immer nur dieser Durchhaltegeist: „*Zum Wohle aller muss man zusammenhalten.*“ Das ist doch alles leere Propaganda und geht an meiner Situation, die von den Regierenden zu verantworten ist, komplett vorbei. Die Medien interessie-

ren sich gar nicht für die wirtschaftliche Not, im Gegenteil: Es werden Menschen verunglimpft und mundtot gemacht. Das ist eine ganz finstere Zeit hier in Deutschland. Ganz dunkel.

Im Januar 2021 kontaktierten mich die Rechtsanwälte Viviane Fischer und Reiner Füllmich. Ich habe meine Bar für die Gründungsveranstaltungen der Partei „Team Freiheit“ zur Verfügung gestellt. Die haben die Veranstaltung groß angekündigt. Meine Bar ist wie ein Aquarium mit großen Schaufenstern und jeder Passant guckt von außen zu. An dem angekündigten Abend versammelte sich draußen Mitglieder der sogenannten Antifa und diverse Medienvertreter. Da waren Scheinwerfer aufgestellt und es wurde fotografiert. Leider kamen die beiden Rechtsanwälte etwas später. Ich fühlte mich wie ein Tiger im Käfig. Die Veranstaltung begann und wurde per Livestream übertragen. Etwa nach einer Stunde begann mein Handy zu summen. Es waren Beleidigungen wie „Faschist“ und „Nazi“ sowie Gewalt- und Morddrohungen. Außerdem kamen dauernd Anrufe übers Festnetz: „Du Drecksack, was machst du da?“ „Das ist das Allerletzte.“ Obwohl alle Anwesenden Maske trugen bzw. ein Attest vorlegen konnten.

Ziemlich bald kam dann die Polizei. Erst nur ein paar und dann eine Hundertschaft. Das kann man sich im Livestream ansehen: Da war mehr Polizei im Laden als Parteigründer. Die Versammlung wurde dann aufgelöst. Bis morgens 6:00 Uhr war ich vor Ort und habe Wache gehalten. Draußen waren überall Leute. Die Bedrohung ging weiter, ich habe dauernd Mails und SMS bekommen. Ich habe nur noch gezittert.

Als ich so gegen 6:00 bis 6:30 Uhr nach Hause kam, rief mich nicht ganz zwei Stunden später der Späti gegenüber an: „Hier ist schon wieder Polizei vor deiner Bar.“ Ich bin also gegen 8:30 Uhr wieder zurück. Da waren so zwanzig Polizisten in schwarzer Montur und standen mit verschränkten Armen vor dem weißen Zelt. Ein skurriler Anblick. Leider habe ich das nicht fotografiert. Ich fragte den Einsatzleiter: „Sie wissen schon, welchen Eindruck das vermittelt? Ich bin quasi der Terrorist?“ Er antwortete: „Nein, darum geht es gar nicht.“ Darauf ich wieder: „Doch, Sie zeigen, indem sie hier Schwarz vor Weiß stehen, was hier gerade stattfindet: eine Hetzjagd.“

Ich bin dann reingegangen und habe angefangen sauber zu machen. Die Tür war offen. Plötzlich kamen so gegen 9:30 Uhr drei Personen rein, zwei extrem große Männer und eine Frau. Sie hat eine Marke gezeigt: „LKA, wir

haben ein paar Fragen an Sie.“ Später habe ich mir gedacht, ob die vom Landeskriminalamt waren oder vielleicht doch eher vom Bundesverfassungsschutz? Das war für mich von Anfang an eine Bedrohungslage. Ich war derart auf Adrenalin und zitterte, denn ich hatte viel Kaffee getrunken und nicht geschlafen. Die Dame tat ganz einfühlsam: „Beruhigen Sie sich erst mal.“ Die zwei Typen standen mit verschränkten Armen am Eingang und ich saß mit ihr vorn am Tresen.

Sie hat mit sehr ruhiger Stimme gesprochen. „Ich bin von der Dienststelle Prävention gegen Rechts. Gestern hat hier so ein Treffen stattgefunden. Was sind denn das für Leute?“

Ich meinte: „Das müssten Sie doch wissen, es war doch Polizei hier.“

Sie erwiderte: „Aber wir sind eine andere Dienststelle, können Sie was darüber sagen?“

Darauf ich: „Hier fand gestern eine Parteigründung statt.“

Sie fragte: „Kennen Sie alle persönlich?“

Ich antwortete: „Nein, die habe ich über soziale Netzwerke kennengelernt.“

Die Dame erneut: „Können Sie mal Namen nennen? Ich seh ja, sie sind gar kein Rechter. Sie können gerne zu uns kommen, aufs Dezernat Gewaltprävention und Prävention gegen Rechts und mit dem Dienststellenleiter sprechen.“

Sie stand auf und wurde beim Sprechen immer ruhiger. „Eines muss ich Ihnen noch sagen. Wenn Sie planen das weiterzumachen, wir sind heute Abend wieder hier.“

An dem Tag bin ich von allen linken Plattformen vernichtet worden. Das wirkte wie staatlich orchestriert: Die Antifa in Kombination mit Landeskriminalamt oder Verfassungsschutz, Berliner- und Bundespolizei. Ich empfinde es so, dass der ganze Druck von einer Seite kommt.

Noch am Vormittag habe ich die beiden Rechtsanwälte angerufen: „Lassen wir das heute, ich bin komplett durch.“ Trotzdem kamen dann wieder die sogenannten Antifa-Leute und versammelten sich draußen und grölten ihre Parolen, obwohl die Bar geschlossen und das Licht aus war. Dann kam die Polizei. Der Einsatzleiter hatte so einen Spitzbart, der war extrem unnett. Es gab wieder eine Riesenaufruhr vor Ort. Der Einsatzleiter hat mich des Platzes verwiesen und ich musste wegfahren: Ein Platzverweis von meiner eigenen Bar.

Den folgenden Donnerstag wollten wir mit der Parteigründung fortfahren – dieses Mal mit Polizeischutz. Auch dieses Mal ein Riesenaufritt draußen. Überall Kameras und Scheinwerfer der Medien, alles dominiert von grölenden und skandierenden Jugendlichen. Wir haben das

dann durchgezogen und die Gründung dauerte bis 24:00 Uhr. Der Einsatzleiter war dieses Mal sehr nett: „Bitte darauf achten: Mundschutz und nicht zu nah.“ Es erschienen absurde und vernichtende Artikel in der Berlin Presse. Den Journalisten hatte ich gesagt: „Ich bin traurig, es geht dem Ende zu. Von der eigenen Regierung wirtschaftlich vernichtet. Deutschland ist für mich zu einem großen Gefängnis geworden und ich kann nicht raus, weil ich kein Geld habe. Sonst wäre ich längst ausgewandert.“ Davon findet sich nichts in deren Beiträgen.

Danach waren noch zwei Mal Donnerstags von der Polizei begleitete Demonstrationen mit mehreren hundert Personen vor meiner Bar, zwar mit Gesichtsabdeckung, aber ohne Abstand, obwohl diese geschlossen war. Da wurde mit Megaphonen „Nazis raus“ gebrüllt, meine Wände und Fenster waren vollgeschmiert mit Penis-Bildern und Parolen wie „Coronaleugner*innen = Nazi“, „Fuck Nazi“ und „Sauft nicht bei dem Fuck Nazi“. Ich habe mich bewusst zurückgezogen und dadurch deeskaliert. Ich lehne jede Gewalt ab. Klar, man kann in diesem Land noch seine Meinung sagen, aber dann muss man mit den Konsequenzen leben. Das reicht bis zu Morddrohungen: „Wir wissen, wo du lebst.“ Wo ist der Staat, der mich schützt?

WIE ALT WAREN DIE DEMONSTRANTEN?

WIE VERHIELTEN SICH DIESE?

Die waren so 17 bis 25 Jahre; aggressiv, aber nicht gewalttätig. Sie waren alle verummmt. Die was zu sagen hatten und lenkten, standen außen, das waren die Älteren. Die Jungen haben keine Agenda oder einen Plan, sie werden benutzt. Sie wirkten auf mich wie Zombies eines imaginären ‚Kampfes gegen Rechts‘. Das sind willfähige Helfer. Diese Antifa benimmt sich wie der vollstreckende Arm der Regierenden und verbreitet deren Parolen. Aus meiner Sicht wirkte das wie staatlich orchestrierte Gewalt.

Jeder, der wegen der Maßnahmen nicht mehr kann, wird als Corona-Leugner bezeichnet und darf folglich als Faschist bezeichnet werden? Damit wäre bereits das Stellen von Fragen ein Verbrechen und jede Opposition ist unmöglich?

WIE WAR DIE REAKTION DEINER NACHBARN UND KUNDEN AUF DIE EREIGNISSE VOR ORT UND DIE BERICHTERSTATTUNG DER MEDIEN?

Von meinen Nachbarn bin ich sehr enttäuscht. Die waren früher immer freundlich: „Es ist so schön, dass du hier bist. Wie schaffst du das, jeden Tag 10 bis 20 Stunden und seit sechs Jahren ohne Urlaub?“ Diese Leute drehen sich jetzt um, wenn ich komme, und es gab auch welche, die sind vorbei gegangen und haben „Nazi“ gemurmelt. Das ist die heutige Gesellschaft: Ausgrenzen und Stigmatisieren. Es gibt wenige Ausnahmen von Seiten meiner ehemaligen Kunden: „Halte durch“. Aber wie willst du durchhalten, wenn dir keine Chance gewährt und dein Traum zerstört wird?

HAST DU KONKRETE VORSCHLÄGE?

Wenn die Regierung Berufsverbot erteilt, und für Bars war dies ein ganzes Jahr lang der Fall, dann muss man alle Umsätze ausgleichen. Hier galt viele Monate ein harter LockDown ohne Möglichkeit Umsatz zu machen. Die Regierenden müssen erstatten, was uns dadurch genommen wurde und alle steuerlichen Zahlungen müssen ausgesetzt werden. Meine Forderung ist der Schuldenschnitt für alle kleinen Bars, Gastronomen und Einzelhändler. Dadurch ist ein Neuanfang möglich. Das Insolvenzrecht sollte geändert werden, dass jeder der zwischen Mitte März 2020 und dem Jahr 2021 ruiniert wurde, sofort weiterarbeiten darf. Er erhält ein Startgeld und kann neu anfangen. Von mir aus auch in einem anderen Beruf.

GRÜNDUNG EINES BEZIRKSVERBANDES IN BERLIN

Bei einem Treffen in Berlin Mitte am 14. Januar 2021 ergab sich die Frage, wer alles aus dem Bezirk Pankow anwesend sei. Das Ergebnis: Neun Personen tauschten ihre Emails aus. Zum ersten Treffen am 22. Januar erschienen 34 Personen und es folgten drei weitere Termine im Februar mit 24 bis 32 Anwesenden. In diesen vier Treffen wurden gemeinsam der Termin und Ort der Gründungsversammlung bestimmt, die Tagesordnung festgelegt sowie die zukünftige Satzung des Bezirksverbandes besprochen und Änderungen eingearbeitet. Am Mittwoch 24. Februar wurden letzte organisatorische Aufgaben in einer kleinen Gruppe von fünf Personen verteilt und am 26. Februar fand die Gründungsversammlung im BVV-Saal statt, also dort, wo durch die Bezirksverordnetenversammlung die politischen Beschlüsse im Bezirk Pankow getroffen werden. Zugelassen waren wegen der aktuellen politischen Lage maximal 32 Personen, das war in diesem Fall unproblematisch, da maximal 20 stimmberechtigte Mitglieder anwesend waren. Die restlichen Anwesenden waren vom Landesvorstand bzw. Mitglieder, die zwar eingetreten, aber noch keine offizielle Bestätigung erhalten hatten.

ARBEIT IN GROSSEN GRUPPEN (20 BIS 40 PERSONEN)

Die vier Treffen waren eine Übung in großen Gruppen effektiv zu arbeiten. Achtsamkeit ist hier in erster Linie Selbstdisziplin, denn wenn 30 Personen zwei Stunden zusammensitzen, dann hat jeder nur etwa drei bis vier Minuten Redezeit. Außerdem ist eine mindestens für Westeuropäer ungewohnte gemeinsame Disziplin nötig: Es redet jeweils nur eine Person und alle anderen hören zu. Wer etwas sagen möchte, meldet sich durch einmaliges Handzeichen, wodurch die Versammlungsleitung die Reihenfolge bestimmen kann. Das verhindert meist eine unmittelbare Reaktion auf einen Redebeitrag, daher ist es ratsam, stets einen Zettel bereit zu haben, um sich die eigenen Gedanken notieren zu können. Sind diese erstmal aufgeschrieben, steigt bei den meisten die Konzentration auf den Redeverlauf wieder.

Das effektive Arbeiten in Gruppen hat zwei starke

Gegner: das nachbarliche Gespräch und den narzisstischen Auftritt. Ersteres bedeutet, dass Menschen dazu neigen in Gruppen Gespräche mit ihren Nachbarn zu beginnen. Dann wird es laut und ein wenig chaotisch. Hier wirkten die aktuellen Umstände disziplinierend, denn die Lautstärke hätte die Zusammenkunft gefährden können. Die Redebeiträge konnten nur unaufgeregt und leise sein, es konnte stets nur eine Person sprechen und laute Streitgespräche waren nicht möglich.

Schwieriger war es mit dem narzisstischen Auftritt. Es gibt Menschen, die das Reden vor Versammlungen lieben und lange reden. Dies ist einfach durch die Versammlungsleitung regelbar, indem Redezeiten pro Person festgelegt werden. Dies umfasst nicht nur die Länge des einzelnen Beitrages, sondern auch – als eine Art Redezeitkonto – die Summe aller Beiträge. Denn jeder sollte etwa gleich zu Wort kommen können. Schwieriger wird es für

Achtsamkeit bei der Arbeit in großen Gruppen

Bei politischer Arbeit geht es meist weniger um Gefühle, sondern darum wie Situationen geregelt und Texte formuliert werden. Da sind Emotionen zwar als Motivation wichtig, aber wenn sie im Vordergrund stehen, meist etwas fehl am Platz. Die heutige deutsche Gesprächskultur ist eine des Unterbrechens, des Nichtausredenlassens und der Selbstpräsentation. Gemeinsame Lösungen können so kaum gefunden werden und eine Annäherung unterschiedlicher Positionen gelingt nur selten. Zu beobachten sind wachsende Abneigungen und eine zunehmende Spaltung. Zu üben ist daher eine andere Gesprächskultur, in welcher ein Unterbrechen des Redenden vermieden wird und sich die eigene Aktivität auf das Zuhören und Verstehen ausrichtet. Bevor ich meinen eigenen Standpunkt darlege, sollte ich die Argumente des anderen verstanden haben. Die Kontrolle erfolgt durch eine Zusammenfassung und, wenn die Antwort auf die Frage – „Habe ich dich richtig verstanden?“ – ein JA ist. Ein Gespräch ist dann entspanntes Zuhören und aktives Verstehen. Wer unruhig wird, der kann sich Notizen machen und damit seine Gedanken lenken.

Wenn die Antwort meines Gegenübers darin besteht, dass nun meine Argumente und Gedanken zusammengefasst werden und ich ebenfalls mit „Ja, so habe ich das gemeint“ antworten kann, dann zeigt sich der qualitative Unterschied zur heute meist üblichen Gesprächskultur. Erst wenn sich beide Seiten sicher sind, dass die Argumente des jeweils Anderen verstanden wurden, kann die inhaltliche Diskussion über Daten und Interpretationen beginnen. Da uns die Eitelkeit gern lange sprechen lässt, ist es gut die eigene Redezeit zeitlich zu beschränken.

die Versammlungsleitung durch den unbeherrschten Charakter, der ständig spontan durch Einwürfe reagiert, andere unterbricht und die festgelegte Redeabfolge nicht akzeptiert. Das ist im gemeinsamen Interesse aller nicht möglich und die Versammlungsleitung benötigt die Vollmacht durch entsprechende Signale (farbige Karte, Glocke) Abmahnungen aussprechen zu können. Das oberste Gebot ist daher die anfangs gewählte Versammlungsleitung zu achten und zu unterstützen.

ROTIERENDE VERSAMMLUNGSLEITUNG

Die Leitung einer Versammlung folgte einfachen Regeln: Diese ist moderierend, indem sie die Handmeldungen erfasst und die Gesprächsbeiträge in ihrer Reihenfolge bestimmt sowie die Länge der jeweiligen Redezeit festlegt und kontrolliert. Die Versammlungsleitung hat also stets Vorrang in der Redeordnung und erhebliche Vollmachten. Daher sollte jeder, regelmäßig wechselnd jeweils für eine Versammlung, diese verantwortliche Rolle übernehmen. Da diese Aufgabe nicht jeder gern ausübt, braucht es unterstützende Rollen, die festgelegt werden können. So kann mit der Versammlungsleitung ein Assistent gewählt werden. Fühlt sich die leitende Person überfordert, kann durch ein vereinbartes Handzeichen die Versammlung unterbrochen werden, um die Assistenten vorübergehend zu aktivieren. Im Zweifel kann das weitere Vorgehen auch durch einfache Abstimmung oder Konsensierung aller geregelt werden.

Unterstützend kann die Versammlungsleitung eine Person benennen, welche die Redezeit kontrolliert und durch vereinbarte Signale Überschreitungen meldet.

Die ordnende Rolle ist möglicherweise leichter auszuüben, wenn die Versammlungsleitung auf eigene inhaltliche Beiträge während der Versammlung verzichtet. Stattdessen können einzelne Punkte notiert und in einem ebenfalls zeitlich begrenzten Statement am Ende vorgetragen werden. Sinnvoll ist jedoch, wenn von der Versammlungsleitung oder der Schriftführung regelmäßig alle 10 bis 30 Minuten inhaltliche Zusammenfassungen für das Protokoll formuliert werden.

Die beste Unterstützung der Versammlungsleitung ist die Konzentration aller Anwesenden auf die Inhalte der einzelnen Beiträge. Das Zuhören liegt im gemeinsamen Interesse, damit in der eigenen Rede nicht wiederholt wird, was andere bereits gesagt haben. Wie eine Teilnehmerin so schön sagte: „*Es ist alles schon einmal gesagt worden, nur nicht von Jedem.*“

Effektives gemeinsames Arbeiten in großen Gruppen ist die Fokussierung auf ein Ergebnis, in diesem Fall die Gründungsformalien. Das kommunikative, chaotisch-kreative Element kommt dabei zu kurz. Dies kann leichter durch Treffen in kleineren Grüppchen erfüllt werden.

SCHRIFTFORM VON BESCHLÜSSEN UND VORSCHLÄGEN

Das wesentliche Ergebnis politischer Arbeit sind Texte. An solchen zu arbeiten, bedeutet daher an Worten und Formulierungen zu feilen. Das Nicht-Gewollte ist leichter geschrieben und der gemeinsam erarbeitete Lösungsvorschlag meist mühsamer zu finden. In großen Gruppen empfiehlt sich daher an Texten zu arbeiten, die von Einzelnen oder Arbeitsgruppen vorbereitet wurden und alle vorher lesen konnten. Hilfreich ist es, entsprechende Markierungssysteme zu vereinbaren: z. B. farbig markierte Textstellen – ROT hoher Widerstand, ORANGE noch nicht optimal. Besteht ein Einwand, so ist der Änderungsvorschlag vor dem jeweiligen Treffen zu formulieren und zu verteilen. Möglich ist aber auch, dass spontane Vorschläge in der Sitzung schriftlich gefasst und abgestimmt werden. Hier sollte vorher für den Punkt ein maximales Zeitlimit vorgegeben sein. Vieles lässt sich dann zuhause schneller lösen, woraus neue Textbausteine resultieren.

Um die Gründungsversammlung vor zeitraubenden Diskussionen zu schützen, der gemietete BVV-Saal war für drei Stunden gebucht, erhielten alle Mitglieder des Bezirkes nach jeder vorbereitenden Sitzung den aktuellen Stand der Satzung und nach dem letzten Treffen hieß es: „*Neue Worte oder Satzteile seit dem Entwurf vom 17.2.21 sind ROT markiert. Weitere Änderungsvorschläge bitte als ausformulierte Textbausteine mit Angaben von Paragraph und Absatz bis spätestens Dienstag 22. Februar 13:00 Uhr schicken. Dann kann der überarbeitete Satzungsentwurf am Mittwoch ein letztes Mal verschickt werden.*“

Diese Vorbereitung hat sich während der Gründungsversammlung bewährt, als ein Anwesender einen nicht ausformulierten Vorschlag einbringen wollte. Durch einfache Abstimmung wurde festgestellt, dass eine 3/4-Mehrheit bereit war über die Inkraftsetzung der Satzung abzustimmen und keinen Anlass für weitere Diskussion derselben sah. Da Änderungen derselben zukünftig bei den Bezirksparteitagen möglich sein werden, hatte die Person dagegen nichts einzuwenden.

ANHANG 1

WAS REGELN DIE SATZUNGEN AUF BEZIRKS- UND KREISEBENE?

Eine Präambel ist nicht zwingend nötig, hier kann auf die Gültigkeit der Bundes- und Landessatzung verwiesen werden, die sehr gute Formulierungen enthalten. Die Satzung sollte das regeln, was den Bezirksverband betrifft. Dies sind z. B.:

- § 1 Name, Sitz, Tätigkeitsbereich
- § 2 Aufgaben des Bezirksverbands
- § 3 Verbindlichkeit der Parteisatzung
- § 4 Mitgliedschaft
- § 5 Bezirksparteitag (BezPT): dessen Aufgaben, Einberufung und die Einberufungsfrist, die Antragsfristen, die Beschlussfähigkeit und Entlastung des Vorstandes, die Entscheidungsfindung und Wahlen, die Änderungen der Satzung, die Auflösung sowie Grundsätzliches zum Protokoll.
- § 6 Ortsteilverbände: wie diese gegründet werden können und wie sie im Bezirksverband integriert sind.
- § 7 Vorstand des Bezirksverbandes: dessen Aufgaben, seine Zusammensetzung und die Vertretung im Außenverhältnis sowie die Dauer der Wahlperiode.
- § 8 Wahlverfahren im Bezirksverband: Einzel- und Gruppenwahl sowie Wahlverfahren.
- § 9 Gültigkeit der Satzung: eine etwaige Auflösung des Bezirksverbandes und das Inkrafttreten der Satzung.

ANHANG 2

BEISPIEL UNSERER TAGESORDNUNG BEI DER GRÜNDUNG

(entnommen aus dem Protokoll)

Es empfiehlt sich bei jedem Gliederungspunkt die jeweilige Uhrzeit zu notieren.

PROTOKOLL

der Gründungsversammlung des Bezirksverbandes ... der Basisdemokratischen Partei Deutschland (dieBasis), Landesverband Berlin
am TAG, ZEIT und ORT

A. MUSIKALISCHE UND MENTALE EINSTIMMUNG AUF DIE VERANSTALTUNG (... UHR)

B. PRÜFUNG DER ORDNUNGSMÄSSIGKEIT DER EINBERUFUNG SOWIE DER ZAHL UND DER STIMMBERECHTIGUNG DER ANWESENDEN MITGLIEDER (... UHR)

Es empfiehlt sich die Ladung der Mitglieder schriftlich zu dokumentieren. Wurden alle zum Zeitpunkt bekannten Mitglieder eingeladen?

ERGEBNIS: Bestätigung der ordnungsgemäßen Einladung

PRÜFUNG: Abgleich der anwesenden Mitglieder, die stimmberechtigt sind und weitere, die dies noch nicht sind, mit der aktuellen Mitgliederliste des Landesverbandes.

ERGEBNIS: Feststellung der Anzahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder in einer Anwesenheitsliste. Diese erhalten farbige Wahlkarten für die Abstimmung per Handzeichen.

C. WAHL DER VERSAMMLUNGSLEITERIN, DES WAHLEITERS, DER SCHRIFTFÜHRERIN (... UHR)

WAHLVERFAHREN: Durch Handzeichen.

D. BESCHLUSS DER GRÜNDUNG DES BEZIRKSVERBANDES (... UHR)

ABSTIMMUNG: Durch Handzeichen.

BESCHLUSS: Die anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder der Basisdemokratischen Partei Deutschlands beschließen die Gründung des Bezirksverbandes.

E. BERATUNG DER UND BESCHLUSSFASSUNG ZUR SATZUNG (... UHR)

BESCHLUSS 1: Der Bezirksverband der Basisdemokratischen Partei Deutschlands, vertreten durch die anwesenden Parteimitglieder, beschließt, die Satzung des BV zur Annahme zu bringen, da bis Redaktionsschluss am 24.02.2021 keine Änderungs- und Ergänzungsvorschläge eingegangen sind.

ABSTIMMUNG: Durch Handzeichen.

ERGEBNIS: Damit ist der Beschlussantrag 1 angenommen.

Beschluss 2: Der Bezirksverband der Basisdemokratischen Partei Deutschlands, vertreten durch die anwesenden Parteimitglieder, beschließt, den vorliegenden Satzungsentwurf als gültige Satzung und damit als bindende Rechtsvorschrift für die Arbeit des Bezirksverbandes anzunehmen.

Abstimmung: Durch Handzeichen.

Ergebnis: Damit ist der Beschlussantrag 2 angenommen.

SOMIT IST DIE SATZUNG BESCHLOSSEN UND GÜLTIG. (... UHR)

(Der neu gewählte Vorstand könnte die Versammlungsleitung übernehmen, aber diese kann auch vom bereits gewählten Versammlungsleiter fortgeführt werden.)

G. WAHL DES VORSTANDS UND DER RECHNUNGSPRÜFER (... UHR)

VORSTELLUNG DER KANDIDATINNEN, JEWEILS EINZELN PRO VORSTANDSAUFGABE (... UHR)

in diesem Fall waren es zwei gleichberechtigte Sprecher, ein Schatzmeister, zwei weitere Mitglieder des Vorstandes und vier Säulenbeauftragte.

Der Versammlungsleiter legt eine maximal Redezeit pro Kandidaten fest.

WAHL ZWEIER WAHLHELFER (... UHR)

ERGEBNIS: Als Wahlhelfer wurden A und B gewählt

WAHLBLAUF (... UHR)

- Abstimmung pro Amt mit vorbereiteten und abgezählten Wahlzetteln
- Die Wahlhelfer sammeln die Wahlzettel gemeinsam in einer Urne ein und zählen anschließend aus.
- Der Wahlleiter verkündet jeweils einzeln das Ergebnis pro Amt.
- Die Gewählten bestätigen jeweils einzeln die Annahme der Wahl.

H. BERATUNG ANZAHLBESCHRÄNKTER INITIATIVANTRÄGE FÜR DEN SITZUNGSTERMIN (... UHR)

I. BEENDIGUNG DER VERSAMMLUNG (... UHR)

Die Versammlungsleitung erklärt die Veranstaltung für beendet.

Ort, Datum

Unterschriften des gesamten Vorstandes

27. JANUAR 2021 – JAHRESTAG DER BEFREIUNG DES LAGERS AUSCHWITZ

Am internationalen Holocaust-Gedenktag wird der Befreiung der Überlebenden im Lager von Oświęcim bzw. Auschwitz am 27. Januar 1945 durch die Rote Armee gedacht. Seit fast 35 Jahren verbinde ich mit diesem Ort die Erzählungen von Eliezer Lolek Weinryb (auch Weinreb). Als Wohngemeinschaft bewohnten wir ab Dezember 1985 ein zweistöckiges Einfamilienhaus in Forstinning bei München und Lolek war unser Vermieter. Er hatte sich, nachdem er Anfang der 1980er-Jahre in Rente gegangen war, seinen Lebenstraum erfüllt und ‚Alija gemacht‘, d. h. er lebte in Israel, kam aber regelmäßig nach München um Freunde und seinen Sohn zu besuchen. Ab und zu gab es etwas zum Mietverhältnis oder zum Haus zu besprechen, aber Lolek kam auch ohne Grund gern bei uns vorbei. Meistens sassen wir dann zu dritt, zuerst mit meiner Freundin, und später zu zweit an unserem Küchentisch. Zu einem gemütlichen Abend gehörte nach Loleks Verständnis ein bayrisches Bier, das ich vorrätig hatte, oder ein israelischer Weisswein, den er mitbrachte. Einmal war es eine Flasche Cognac. Da er an diesem Abend noch etwa 20 Kilometer in sein Hotel zu fahren hatte, versuchte ich seinen Anteil des Flascheninhaltes möglichst zu verringern, indem ich selbst mehr trank. Mein Bett habe ich an dem Abend noch gefunden und auch die Nacht überstanden, doch der Schwindel, der Kopfschmerz und die Übelkeit zeigte mir am nächsten Tag, dass ich das erste Mal in meinem Leben zu viel getrunken hatte.

Stets dominierte bei diesen Treffen, spätestens nach dem zweiten Glas, nur noch ein Thema.

Lolek wurde am 7. Dezember 1919 (oder 1920) in einem kleinen polnischen Shtetl geboren. Er hatte mehrere Brüder und Schwestern, an die genaue Zahl erinnere ich mich nicht. In seinen Erzählungen war dieser Ort das Paradies seiner Kindheit und Jugend. Nachdem am 1. September 1939 die Nazis in Polen einmarschiert waren, wurde irgendwann in den Jahren 1940 oder 1941 Loleks Familie innerhalb weniger Tage auseinander gerissen. Es ver schlug ihn mit einer seiner älteren Schwestern in das Warschauer Ghetto, wo sie bis Anfang 1943 überlebten. Den jüdischen Aufstand im Ghetto hat er dort schon nicht mehr miterlebt. Über diese Zeit hat Lolek nur wenig geredet, so kenne ich lediglich den Abschied von seiner

Schwester. Mit vielen anderen sollten sie auf einen LKW verladen werden, der angeblich in ein Arbeitslager fuhr. Seine Schwester verzichtete auf ihren Platz und ließ ihn stattdessen mitfahren. Es war das letzte Mal, dass sie sich sahen und der endgültige Abschied Loleks von seiner Familie.

Lolek kam Anfang 1943 nach Auschwitz. Er war jung, wurde bei der Ankunft als arbeitsfähig eingestuft und in einer Fabrik eingesetzt. Seine Erinnerungen kreisten weniger um die Schilderungen, die wir von Historikern kennen und als besonders grausam empfinden: die massenhafte Vernichtung in den Gaskammern, das Aussortieren an der Rampe, die Menschenversuche. In Loleks Erzählungen waren es die tägliche Erniedrigung, der andauernde Zustand beißenden Hungers, die räumliche Enge in den Baracken, das Mißtrauen untereinander und der tägliche Geruch von in den Öfen verbrannten Menschen. Der Alltag war das Grauen: Hunger, Durst, Kälte, Einsamkeit, Vertrauensverlust, Demütigungen, zufällige Gewalt und Angst vor eigener Krankheit – diese hätte das sofortige Ende bedeutet. Besonders schrecklich war – zumindest in meiner Erinnerung – das Ausgeliefertsein an eine tödliche Gefahr, die dich jederzeit willkürlich treffen konnte. Mehrmals erzählte Lolek von einer Situation als ein Lageraufseher nach ihm geschossen hatte und die Kugel so knapp an seinem Kopf vorbei zischte, dass diese sein Ohr berührte.

Die Front rückte näher und am 18. Januar 1945 begann für die meisten Lagerinsassen der Todesmarsch. Über diese Ereignisse hat Lolek wenig gesprochen, nur, dass sie nach einigen Tagen wie Vieh bei eisiger Kälte ohne Nahrung und Wasser in Zugwaggons verladen wurden, die nach Westen fuhren. Die Sterbenden und Verstorbenen lagen zwischen den Lebenden. Nach tagelanger Irrfahrt und Märschen mit Zwischenstationen, kamen die Überlebenden in Bayern an. Irgendwann im Februar oder Anfang März 1945 konnte Lolek, gemeinsam mit zwei anderen, in der Nähe von Markt Schwaben fliehen. Ein Bauer bei Forstinning versteckte und verpflegte die drei völlig ausgemergelten und entkräfteten Überlebenden. Als im Mai die Terrorherrschaft der Nazi-Verbrecher endgültig endete, war Lolek allein: Kein Mitglied seiner Familie hat-

te überlebt und auch kein Freund seiner Jugendzeit. Wohin sollte er gehen? Zurück wollte er nicht, da er zu viele Polen als willige Mittäter der Nazis erlebt hatte. So blieb er in Forstinning und etablierte sich als Händler von Tierhäuten. Er kaufte diese von Bauern, behandelte und lagerte sie, um sie an Münchner Großhändler zu verkaufen. Mangels jüdischer Frauen, tat er etwas, wovor ihn seine Eltern und der Rabbi seines Schtetls gewarnt hatten: Er heiratete eine blonde Schickse, die ihm einen Sohn und eine Tochter gebar. Von letzterer hatte er zwei Enkel, ein Mädchen und einen Jungen, die in Israel lebten und von denen er gern erzählte. Leider habe ich nur seinen Sohn und seine Tochter kennengelernt.

Lolek besuchte regelmäßig und gern die Synagoge in München. Das war ihm sehr wichtig, denn er zählte zum Stamm der Cohen, einer Untergruppe der Levi, den männlichen Nachkommen des Geschlechts Aaron, die am Schabbat und an den Feiertagen während der Gebete besondere Aufgaben wahrnehmen. Darauf war er stolz und er liebte die besondere Art der Geselligkeit in der Synagoge, die sich wohl auch mit Erinnerungen an „sein Schtetl“ vermischte. Doch sein Glauben war erschüttert. Mehrmals erzählte er von einem Gespräch mit dem Münchner Rabbi, den er gefragt hatte: „*Wo war der Herrscher der Welt damals in Auschwitz? Wie konnte er das zu lassen?*“ Eine Antwort hat er nicht erhalten.

Im Februar 1992 verließ ich, inzwischen selbst Vater eines Sohnes, Forstinning und zog nach Berlin. Alle paar Monate telefonierte ich mit Lolek und konnte im April 1993 seine Einladung, ihn in Israel zu besuchen, annehmen. Ich wohnte in seinem Haus in Herzlia Pituach bei Tel Aviv. Am Schabbat waren wir zu einer Bar Mitzwa in der Synagoge eingeladen und am nächsten Tag zum Abendessen bei einem Ehepaar in Tel Aviv. Beide hatten Auschwitz überlebt und mit einem der illegalen Schiffe als Flüchtlinge das damals britische Mandatsgebiet Palästina erreicht. Am nächsten Tag fuhren wir nach Jerusalem und Lolek zeigte mir die Altstadt. Wir besuchten die Hakotel, die Klagemauer, und ich ließ mir im Eingang zum Westmauertunnel die Tefillin, die Gebetsriemen, um Arme und Stirn legen. Ein guter oder gar gläubiger Jude bin ich durch meinen Besuch im Heiligen Land nicht geworden, aber gelernt habe ich aus Loleks Erzählungen zweierlei: Demut und Mißtrauen.

Demut, weil unser Leben in Europa so friedlich und dies nicht selbstverständlich ist, und Mißtrauen gegenüber jeder Art von Ideologie. Loleks Frage – „*Wo war der*

Herrscher der Welt damals in Auschwitz?“ – war und ist für mich sein Vermächtnis. In Gemeinschaften laut agierende Menschen jeglicher Art waren mir schon vorher suspekt. Dazu kam nun noch eine mißtrauische Grundhaltung gegenüber den Regierenden: Wenn Staaten in der Vergangenheit Bestien waren, können sie es jederzeit wieder werden. Die wichtige Frage ist daher, wie kann rechtzeitig festgestellt werden, dass eine neue Zeit der Unterdrückung und der sinnlosen Gewalt bevorsteht?

In der Wahrnehmung ihrer Minderheiten offenbart sich eine Gesellschaft. Wird mit Wertschätzung und Stolz von ihnen berichtet und gesprochen? Sind Interesse und Verständnis für ihre Eigenheiten vorhanden? Wenn sich Fronten sprachlicher Brutalität und körperlicher Gewalt aufbauen, zeigt sich der fiebrige Zustand von Bevölkerungsteilen. Diese könnten bedenken, dass, wer heute glaubt, Teil einer Mehrheit zu sein, schon morgen einer verfolgten Minderheit angehören könnte. Nur in der Vielfalt aller Minderheiten sind wir eine Bevölkerung und ein Staat.

Eine weiterer Indikator ist eine zunehmende Auswanderung. Die Gründe können vielfältig sein: anonyme Gewalt und Übergriffe, Spaltung und Aggression in der öffentlichen Debatte. Aber freie Menschen verlassen ein Land auch, wenn Regierungen aus Bürgern Untertanen machen wollen, öffentliche Diskussionen einseitig werden und die Vielfalt der Stimmen durch Propaganda ersetzt wird. Wenn eine Regierung nicht mehr empfiehlt und ordnet, sondern befiehlt und verordnet, dann wird es Zeit den gepackten Koffer aus der Ecke zu holen.

Respekt, Interesse und Mitgefühl gegenüber Minderheiten und das ständige Mißtrauen gegenüber den Regierenden wurden durch die Erzählungen Loleks zur bewussten Grundlage meines politischen Denkens. Dazu gehört, dass in einem Staat nichts unwidersprochen bleiben darf: „*Wenn elf sich einig sind, dann suche nach dem zwölften (oder sei dieser) der allen widerspricht.*“

Die Erfahrung der Verfolgung kennen Juden seit Jahrtausenden und wohl deshalb waren viele von ihnen mitfühlend auf der Seite anderer unterdrückter Minderheiten. Das verbindet mich tiefer mit ihnen, als mich Religion verbinden könnte.

